

9 Dringliche Anträge

StR. Riegler:

Ich bitte noch einmal um Entschuldigung, wenn ich gelegentlich in der Vorsitzführung noch kleine Unsicherheiten habe.

Jetzt beginnen wir mit den dringlichen Anträgen und da muss ich gleich mit einer schlechten Nachricht für den Klubobmann Dreisiebner beginnen und ihm mitteilen, dass leider der dringliche Antrag von ihm über die Personalauswahl in den Gesellschaften Haus Graz nicht durch den rechtlichen Filter der Magistratsdirektion durchgekommen ist. Der Dringliche kann heute nicht behandelt werden.

Sie können allenfalls dann noch beim Magistratsdirektor allenfalls rückfragen, warum genau.

GR. Dreisiebner zur Geschäftsordnung:

Ich möchte schon noch einmal darlegen, was uns und allen schriftlich bekannt ist...

Zwischenrufe unverständlich.

Dreisiebner: Ja, es ist zur Geschäftsordnung. Darf ich bitte kurz die Motive darlegen?

Riegler:

Nein, es tut mir leid.

Dreisiebner:

Ich behaupte, nachdem sich die Magistratsdirektion laut unseren Informationen auf die Geschäftsordnung für den Gemeinderat § 18 Abs. 3 Buchstabe H, bezieht, dass das nicht das Ziel unseres dringlichen Antrages war, denn es war keine Weisung oder Ähnliches, was hier alles aufgeführt ist, sondern es war der Versuch, in diese ganze Postenbesetzungssache über den Auftrag an die zuständigen Stellen, an den Herrn Stadtrat Riegler, der ja auch freundlicherweise den Vorsitz führt, um dann wieder mit den Ergebnissen in den Gemeinderat zu kommen, zu arbeiten.

Riegler:

Wir haben es eh gelesen. Wir sind ja des Lesens mächtig, so ist es nicht. Jetzt weiß ich nicht, gibt es vom Herrn Magistratsdirektor eine direkte Antwort?

Dreisiebner: Ja, das wäre hilfreich.

Riegler:

Von einer dringlichen Behandlung sind ausgeschlossen, assistiert mir gerade der Herr Dr. Piffli-Percevic, aber der Herr Magistratsdirektor ist herzlich eingeladen, das gleich direkt zu beantworten.

Mag. Haidvogel:

Grundsätzlich ist ja beantragt, dass es zu einer Reihe von Regelungen betreffend die Personalauswahl in den Beteiligungen kommen soll. Das sind, und das ist auch zitiert, die Steuerungsrichtlinie, also sehr wohl Richtlinien für Unternehmungen und genau diese sind im § 18 Abs. 3 angesprochen. Die ganzen Ausschließungsgründe des Abs. 3 sind solche, die im Gegensatz zum Budget, wo man ja sozusagen eine Vertagung

zulässt, wo man sagt, wenn es nur einmal geprüft wird, kann es dann später einmal eingebracht werden, sind solche, die aber absolute Ausschließungsgründe sind. Man kann nicht den Antrag einbringen, zB. erst im nächsten Gemeinderat möge der Gemeinderat sich selbst auflösen. Also Antrag auf Selbstauflösung wäre die Litera c, von § 18 Abs. 3 oder z.B. wenn man nimmt Antrag auf Ausschreibung neuer Abgaben, kann man auch nicht sagen, der nächste Gemeinderat soll sich erst mit der Erhöhung der Parkgebühren beschäftigen. Sondern das sind absolute Ausschließungsgründe und es wurde auch immer so gehandhabt und ich habe da auch andere Ausschließungen, also andere Ausschließungen mitgenommen, wo wir einmal der Piratenpartei oder auch der KPÖ aus diesen Gründen das nicht zugelassen haben. Es wird generell von uns so interpretiert, dass das Gründe sind, die eben generell eine Ausschließung erfordern, auch wenn nur eine Prüfung in diesem Bereich beantragt ist.

Riegler:

Gut, dankeschön. Die hier anwesende Jugend sieht gleich, dass es da durchaus auch auf Regeln und Spielregeln ankommt.

9.1 Tarife für den öffentlichen Verkehr (GR. Eber, KPÖ)

Eber:

Danke, Herr Stadtrat, lieber Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Um es in den Worten des Herrn Stadtrates zu sagen, mein Antrag hat es durch den Filter der Magistratsdirektion geschafft. Einige Umformulierungen waren allerdings notwendig, deswegen sieht der Antrag so aus, wie er aussieht.

Es geht um die Tarife für den öffentlichen Verkehr. Die neue schwarz-grüne/türkis-grüne Bundesregierung hat ja viele Maßnahmen angekündigt, gerade im Verkehr möchte ich nur eines herausgreifen. Das 1-2-3-Ticket, das grundsätzlich von uns auch

sehr positiv gesehen wird. 1-2-3-Ticket heißt, man soll um 1 € / Tag durch das ganze Bundesland fahren können. Um 2 € eben zwei Bundesländer und für 3 € durch das ganze Land Österreich. Die meisten Bundesländer, soweit ich sehe, und vor allem auch die sieben Verkehrsverbünde, die es in Österreich gibt, haben grundsätzlich ihre Zustimmung oder ihr Gefallen an diesem Projekt sozusagen kundgetan. Natürlich ein wenig schaumgebremst sozusagen, weil natürlich niemand für die Mehrkosten dann aufkommen möchte. Auch der steirische Verkehrslandesrat und auch der Steirische Verkehrsverbund haben da vorsichtig positiv darauf reagiert. Man muss jetzt einmal davon ausgehen, dass die Verhandlungen natürlich entsprechend lange dauern, schließlich geht es ja um die Finanzierung dieses Tickets und es geht in Summe gesehen natürlich um sehr viel Geld. Dass die öffentlichen Verkehrsmittel für ihre Nutzerinnen und Nutzer oft zu teuer sind, das hört man ja immer wieder in Gesprächen und unseres Erachtens ist das auch eine berechtigte Kritik. Ich möchte da als Gegenbeispiel sozusagen die Stadt Graz anführen, die ja da mit positivem Beispiel seit mittlerweile fünf Jahren vorangeht mit der Jahreskarte Graz, wo es eine Zuzahlung, zur Zeit in Höhe von € 175 pro Jahr, gibt und die Jahreskarte von da her zu einem relativ günstigen Tarif angeboten werden kann. Allerdings, auch das möchte ich, nachdem der Herr Finanzstadtrat gerade da ist, auch anmerken, dass man natürlich auch darüber reden wird müssen, diese Zuzahlung beizeiten auch einmal anzuheben. Gleichzeitig ist es jedenfalls auch so, dass der Steirische Verkehrsverbund Jahr für Jahr seine Tarife erhöht und zwar mittlerweile um das 1,5-fache der Inflationsrate. Und meines Erachtens oder unseres Erachtens ist es so, dass eine neuerliche Erhöhung mit 1. Juli, wo sie immer in Kraft tritt, ein völlig falsches Signal an die Bevölkerung wäre und von da her würden wir natürlich begrüßen, das sage ich jetzt noch vor dem Antrag, weil der muss dann eben so aussehen, würden wir natürlich begrüßen, wenn man zumindest heuer von dieser Erhöhung absehen würde. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht seine Mitglieder im Lenkungsausschuss des Steirischen Verkehrsverbands zu prüfen, mit welchen finanziellen Auswirkungen für die Stadt Graz es verbunden wäre, wenn der Steirische Verkehrsverbund in diesem Jahr keine Tarifierhöhungen vornehmen würde.

Ich ersuche um Annahme, dankeschön.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die neue türkis-grüne Bundesregierung hat sich im Verkehrsbereich einige durchaus ambitionierte Ziele gesteckt. Eines davon ist das sogenannte 1-2-3-Ticket. Für ein Bundesland sollen alle öffentlichen Verkehrsmittel um € 1,- pro Tag angeboten werden, die Gültigkeit des Tickets kann auf zwei Bundesländer für € 2,- und auf das gesamte Bundesgebiet für € 3,- pro Tag ausgedehnt werden. Die meisten Bundesländer und Verkehrsverbände haben bereits Zustimmung zu diesem Plan signalisiert, so auch der Steirische Verkehrsverbund sowie der steirische Verkehrslandesrat. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die Verhandlungen darüber noch etwas in die Länge ziehen werden, geht es doch schließlich auch um die Finanzierung dieses Tickets, aber auch um die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs insgesamt. Hier gibt es noch viele offene Fragen. Dass die öffentlichen Verkehrsmittel für ihre BenutzerInnen oftmals zu teuer sind, hören wir immer wieder. Dabei handelt es sich um eine berechtigte Kritik. Die Stadt Graz geht hier mit gutem Beispiel voran. Mit der Zuzahlung zur Jahreskarte seit 2015 konnten durch die spürbare Entlastung der Öffi-Nutzer zahlreiche neue Kunden und Kundinnen gewonnen werden. Das ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig ist es aber leider so, dass der Steirische Verkehrsverbund Jahr für Jahr seine Tarife erhöht, und zwar um das 1,5fache der Inflationsrate. Eine neuerliche Erhöhung wäre nunmehr ein falsches Signal an die Bevölkerung.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht seine Mitglieder im Lenkungsausschuss des Steirischen Verkehrsverbunds zu prüfen, mit welchen finanziellen Auswirkungen für die Stadt Graz es verbunden wäre, wenn der Steirische Verkehrsverbund in diesem Jahr keine Tarifierhöhungen vornehmen würde.

GR. Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen auf der Galerie. Lieber Manfred, danke für deinen Antrag. Auch unserer Fraktion ist es immer wieder ein Anliegen gewesen, dass man diese Tarife nicht erhöht. Es ist wichtig, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu steigern und nicht nur mit Tarifierhöhungen oder Ausbau von Straßenbahnlinien, sondern auch das Preisgefüge gehört natürlich dazu, dass ein öffentlicher Verkehr attraktiv bleibt. Ich gebe aber da nur zu bedenken, dass muss man sich überlegen, dass das Parken auf Stunden bezogen in Graz natürlich billiger ist momentan. Man zahlt für eine halbe Stunde 1 €, das heißt 2 € in der Stunde und für das Ticket im öffentlichen Verkehr zahlt man 2,50 €. Da ist natürlich ein Ungleichgewicht gegeben und wenn man die Tarifierhöhung absieht und dann vielleicht mit den Parkgebühren etwas anhebt, kann man vielleicht einen Ausgleich hinsichtlich der Finanzierung schaffen. Daher werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen.

GR. **Dreisiebner:**

Eigentlich keine Stellungnahme, sondern eine Wortmeldung und schon gar keine Weisung. Sorry, es ist für mich und für uns ja begrüßenswert der Vorstoß des Manfred Eber, weil es, so glaube ich, gerade für Zentralraumstädte wie Graz sehr wichtig ist, hier die Absichten, und man hört ja auch, dass das eine gewisse Verhandlungsdauer bzw. Komplexität mit sich bringt, das 1-2-3-Ticket auf den Boden zu bringen, dass man das gerade aus der Sicht einer Stadt Graz sehr positiv und unterstützend mitbetreibt. Wir sind, so glaube ich, am Ende des Tages bzw. zumindest von der Frühspitze und bei

der Nachmittagsspitze am meisten betroffen von dem Modal Split, der sich nicht nur in Graz abbildet, sondern der sich auch über die Pendlerinnen und Pendler aus dem Umfeld abbildet und wo es dann zu zigtausenden Autofahrten kommen muss teilweise bzw. kommt, die unter Umständen auch aufgrund der Preisgestaltung der Tarife und wenn man mehrere Zonen als Jahreskarte im steirischen Verkehrsverbund bezahlen muss, dann ist das teilweise sehr viel bei manchen Einkommen. Das wäre sehr wichtig, dass wir hier zumindest sehr unterstützend eingreifen. Da freue ich mich, wenn unsere Mitglieder im Lenkungsausschuss dann hoffentlich sich dafür starkmachen, dass in der Steiermark das kommt, was in anderen Bundesländern auch schon da ist: ein günstiges Ticket, zumindest eines pro Tag und das Zwei und Drei ist dann eh die Bundesregierungssache. Dankeschön.

StR. Riegler:

Bevor ich frage, wer sich noch zu Wort meldet, darf ich vielleicht kurz darauf hinweisen, dass das überhaupt ganz generell keine ideologische Fragestellung ist, sondern in der Ökonomie, und ich will jetzt wirklich keine Vorlesung halten, aber kennt man das Phänomen unter dem Thema Preiselastizität der Nachfrage. Sprich, die Frage lautet: Ob man sozusagen durch ein Nachgeben um einen bestimmten Betrag die Nachfrage steigern kann. Und das ist tatsächlich eine hochinteressante Frage, weil in der Tat hat es sich ja erwiesen, dass durch das Ticket Graz, durch die Jahreskarte Graz es tatsächlich eine Steigerung bei den JahreskartenbesitzerInnen gegeben hat. Die Frage ist nur, und das glaube ich absolut nicht, aber vielleicht wird der Klaus Frölich auch in diese Richtung argumentieren, tatsächlich glaube ich nicht, dass es durch den Verzicht einer Valorisierung, also einer Wertanpassung einer einmaligen, dass man dadurch eine signifikante Mehrzahl an Passagieren bekommt. Aber das ist eigentlich die Frage, diese Frage muss man eigentlich diskutieren, wenn man es ganz wertfrei diskutiert.

GR. Mag. **Frölich**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Stadtrat, lieber Antragsteller, ich schließe an bei dem Gesagten vom Herrn Stadtrat. Der Erhöhungsfaktor ist VPI x 1,5. Ich denke, diese großartige Zuzahlung, zu der wir uns durchgerungen haben, die auch zum Explodieren der Jahreskartenbesitzer geführt hat, schlägt natürlich voll durch auf das Verhalten der Konsumenten und Interessenten. Beim Außer-Acht-Lassen einer Wertanpassung bin ich fest davon überzeugt, dass das nicht durchschlagen würde, jedenfalls nicht auf eine allfällige Kaufentscheidung. Ich glaube, man kann relativ einfach sagen, es liegt für mich hier ein klassisches Beispiel vor, dass man sich mit einer Sache nicht wirklich inhaltlich sachlich einfach auf einem geraden Weg befasst, sondern das ist ein wenig einem Antragsaktionismus zum Opfer gefallen, denn es ist einfach sehr leicht in unserem sehr gut funktionierenden Haus Graz zu erfragen, wenn man solche Fragen stellen will, bei der Holding oder auch bei unserer Finanzdirektion, die heute schon sehr oft gelobt wurde. Beide werden in relativ schnell erstellten und fundierten Berechnungen beweisen und haben mir bewiesen, dass die Kosten, und das ist die Antwort auf die gestellte Frage, im Jahr etwa 1,2 Mio. Euro ausmachen würden für die Stadt Graz. Auslösen würde man sicher oder mit hoher Wahrscheinlichkeit die Forderung von Kompensationszahlungen an andere Verkehrsunternehmen, denn die Räder greifen hier ja ineinander, wenn man bei uns auf eine Tarifierung verzichtet würde, ja, wir stehen vor einer österreichweiten Neuordnung des Tarifsystems mit dem jetzt schon mit ein wenig Vorschusslorbeeren versehenen 1-2-3-Ticket, das wird sicher eine ganz tolle Sache und da glaube ich auch, da wird man wirklich eine Erosion, eine Megalawine oder einen Megatrend auslösen in Richtung öffentlicher Verkehrsmittel. Wenn man eine interessante Berechnung, ich habe es noch einmal hinterfragt, weil ich die vom Karl Kamper bekommen habe, wenn man kumuliert diese 1,2 Mio. auf 10 Jahre rechnet, dann kommen da fast 70 Mio. Euro heraus. Kumuliert, Wiederanpassung etc., dann sind wir bei einer Summe, wir investieren jetzt, wenn ich nicht falsch liege, so glaube ich, 56 Mio. Euro in diese neuen Straßenbahnen, der Prozess wurde gerade in Gang gesetzt. Da geht es um riesige Summen, die an Umsatzeinbußen dann entstehen würden. Für uns ist die Sache nicht dringlich, weil sie

ein wenig mit Sand in die Augen der Konsumenten streuen zu tun hat und die Effekte vermutlich ausbleiben werden. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

GR. Ing. **Lohr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollege Eber. Ja, es ist ja nichts ganz Neues. Die KPÖ versucht ja dieses Spiel jedes Jahr, die Öffi-Tarife habt ihr immer im Auge. Es geht vielleicht in einem kommunistischen System, das wir uns ja nicht wünschen, wo man die Gratisgesellschaft und keine Ahnung, das tragen dann wahrscheinlich die einfachen Arbeiter in den Fabriken, die dann 24 Stunden arbeiten, aber in unserem System sind solche Mechanismen nicht möglich. Wir wissen, das Graz-Ticket wird ja schon jetzt mit 2/3 durch die öffentliche Hand gestützt. Da ist ja bereits der Steuerzahler, der das indirekt tragen muss und wenn wir jetzt sagen, wir setzen auch hier wieder die Erhöhungen aus, werden dafür halt wieder Kanalgebühren, Wassergebühren und andere Tarife höher. Das wäre jetzt ein bisschen eine Milchmädchenrechnung. Ich lasse die Schüler vielleicht gratis fahren, oder wenn sie dann älter sind, aber auf der anderen Seite wird den Eltern dann ja das Geld dann wieder weggenommen. Wir müssen auch die Löhne der Holding Mitarbeiter zahlen. Auch die haben eine Lohnerhöhung verdient jedes Jahr und der Kollege Klaus Frölich hat es ja erwähnt, wir kaufen ja demnächst Straßenbahnen ein und an und es kommen die ganzen Erweiterungen, Süd-West-Linie, Uni-Linie und auch die Süd-West-Linie und für diese brauchen wir natürlich alle das Geld, daher der Antrag nicht dringlich.

Eber:

Ich möchte ganz kurz vielleicht gleich beim Roland beginnen. Wie du weißt, sind wir ja als kommunistische Partei eine Arbeiterpartei und treten natürlich für Interessen der

Werkstätigen ein, das heißt, den 12-Stunden-Tag haben nicht wir eingeführt, das waren schon andere (*Appl.*).

Wir haben auch nicht die Forderung erhoben in diesem Antrag, dass man alles gratis machen soll. Es ist allerdings erstaunlich, dass ein Land wie Luxemburg, das jetzt nicht wirklich kommunistisch ist, den Null-Tarif auf öffentlichen Verkehr eingeführt hat (*Appl.*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Das allerreichste Land.

Eber:

Aber da habe ich vielleicht etwas verwechselt. Gut, was ich zum Herrn Stadtrat und zu dir, lieber Klaus, sagen wollte, selbstverständlich, was die Auswirkungen eines Aussetzens anbelangen würde, natürlich rechnen wir nicht damit, dass jetzt plötzlich Tausende umsteigen auf den öffentlichen Verkehr. Das ist tatsächlich gelungen mit der vergünstigten Jahreskarte, weil das halt eine massive Erleichterung war, auf einen Schlag sozusagen für die Menschen, und ich glaube, wenn man die Tarifierhöhung aussetzt, geht es in erster Linie nicht darum, möglichst viele neue Kunden zu gewinnen, sondern da geht es einfach auch ein wenig darum, dass die Leute etwas durchatmen können und vielleicht nicht schon wieder auch in diesem Bereich mit einer Erhöhung zu kämpfen haben. Bedanken möchte ich mich jedenfalls beim Ewald und beim Karl Dreisiebner für die positiven Worte und die Zustimmung zum Antrag. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.2 Altstadtschutzkataster (GR. Sikora, KPÖ)

Sikora:

Sehr geehrte KollegInnen des Gemeinderates, werte Stadtregierung, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. In meinem Antrag geht es um einen Altstadtschutzkataster, der zufällig auch am 13. Februar 2020, wer sich erinnern kann, 13. Februar 1945, die Zerbombung Dresdens, es ist so, dass die Stadt wieder historisch nach Originalplänen aufgebaut wurde und besonders unter Schutz gestellt wurde, also nicht nur die Stadt, sondern auch sehr viele weitere Gebäude dieser alten historischen Stadt, ebenso Kulturhauptstadt Rijeka, wo man den Altstadt kern wieder historisch aufgebaut hat und auch saniert hat. Da hat man alte Häuser ausgehöhlt, die Fassade stehen gelassen und wieder historisch nachgebaut und so zielt mein Antrag ab. Zur Erläuterung, seit 1.12.1999 befindet sich auch, wie bekannt ist, die Grazer Altstadt auf der ehrenwerten Liste von weltweit rund 900 UNESCO-Weltkulturerbestätten – eine Auszeichnung mit großer Bedeutung für Graz. Für Graz ist damit aber auch die Verpflichtung verbunden, dass das historische Erbe einer vielfältigen Baukultur von der Gotik bis hin zum 21. Jahrhundert erhalten werden muss. Zeitgenössische Baukultur, welche ja auch nicht abzulehnen ist, sollte sich jedoch harmonisch in vorhandene Baukultur einfügen und das vorhandene Bauensemble charakterlich ergänzen. Gerade dieser typische Ortsbildcharakter zeichnet Graz auch eigentlich aus, worauf ich auch sehr stolz bin. Ein Ensemble aus historisch gewachsenen Gebäuden, Villen und Einfamilienhäusern mit viel Grün, Blumen, Bäumen und Gärten macht unsere Stadt zu einer der schönsten und lebenswertesten Städte Österreichs.

Leider gefährden in letzter Zeit immer mehr nicht zum schützenswerten Ortsbildcharakter passende Bauprojekte diese Einzigartigkeit. So werden immer mehr Bebauungspläne präsentiert, welche nicht zu den verschiedenen Baucharakteristiken unserer Stadt passen. Anstatt alte Bausünden wieder rückgängig zu machen, geht die Zerstörung von letzten Grünoasen durch Bebauung sowie die Verdichtung durch Neubauten unvermindert weiter.

Wer sich erinnern kann, bereits im Jahre 2010 hat unser Stadtplanungsausschuss-Kollege Georg Topf auch einen ähnlichen Antrag an den Gemeinderat gestellt, da ist es auch um den Erhalt von schützenswerter Bau- und Flächensubstanz gegangen. Ebenso hat unser KPÖ-Gemeinderatskollege Herr Mag. Andreas Fabisch im Jahr 2016 einen weiteren Dringlichkeitsantrag in diese Richtung gestellt. Diese beiden Anträge haben den Grundtenor gehabt, dass immer mehr historische Gebäude, die weder in der Altstadt Schutzzone liegen noch denkmalgeschützt sind, abgerissen werden, um nicht ins Ortsbildensemble passende Gebäude zu errichten. Beide Anträge sind seinerzeit auch einstimmig hier im Grazer Gemeinderat beschlossen worden, da offensichtlich allen Fraktionen der Erhalt und Schutz von alten, historischen Gebäuden als wichtig erscheint und auch ein einheitliches städtebauliches Bau-Ensemble für den typischen Ortsbildcharakter unabdingbar ist. Der entscheidende, wichtige Schritt jedoch ist leider nicht gelungen und zwar die Umsetzung dieser beiden Anträge.

Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausreichende Auflistung schutzwürdiger Objekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Stadtplanung ist mehr denn je vonnöten. Ergänzend möchte ich noch schnell sagen, heute ist auch in der Pressemitteilung, die positiv hervorzuheben ist, vom zuständigen Kultur-Landesrat mitgeteilt worden, dass der Kataster, vor allem St. Peter, Ruckerlberg um alte ehrwürdigen Villen erweitert wurde. Das ist wirklich sehr positiv hervorzuheben, nur nach unseren Gesichtspunkten ist das noch zu wenig. Wir haben noch genug andere wertvolle Häuser, die erhalten gehören und deren Substanz einfach zu wertvoll wäre, um nicht in so einem ehrenwerten Kreis von einem Kataster aufgenommen zu werden. Daher stelle ich namens der KPÖ folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion beauftragen, unter Einbindung des Bundesdenkmalamtes, der ASVK, der Bau- und Raumordnungsausschussmitglieder und der Bezirksvertretungen, eventuell auch der Abteilung für Tourismus sowie relevanter Bürgerinitiativen Kriterien zur Erstellung eines Katasters betreffend „schützenswerte

Bau- und Flächensubstanz“ zu erarbeiten und die Umsetzung eines Altstadtschutzkatasters noch im März 2020 in die Wege zu leiten.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Seit 1. Dezember 1999 befindet sich die Grazer Altstadt auf der ehrenwerten Liste von weltweit rund 900 UNESCO-Weltkulturerbestätten – eine Auszeichnung mit großer Bedeutung für Graz! Für Graz ist damit aber auch die Verpflichtung verbunden, dass das historische Erbe einer vielfältigen Baukultur von der Gotik bis hin zum 21. Jahrhundert erhalten werden muss. Zeitgenössische Baukultur, welche ja auch nicht abzulehnen ist, sollte sich jedoch harmonisch in vorhandene Baukultur einfügen und das vorhandene Bauensemble charakterlich ergänzen. Gerade dieser typische Ortsbildcharakter zeichnet Graz aus. Ein Ensemble aus historisch gewachsenen Gebäuden, Villen und Einfamilienhäusern mit viel Grün, Bäumen und Gärten macht unsere Stadt zu einer der schönsten und lebenswertesten Städte Österreichs. Leider gefährden in letzter Zeit immer mehr nicht zum schützenswerten Ortsbildcharakter passende Bauprojekte diese Einzigartigkeit. So werden immer mehr Bebauungspläne präsentiert, welche nicht zu den verschiedenen Baucharakteristiken unserer Stadt passen. Anstatt alte Bausünden wieder rückgängig zu machen, gehen die Zerstörung von letzten Grünoasen durch Bebauung sowie die Verdichtung durch Neubauten unvermindert weiter. Bereits im Jahre 2010 hat mein Stadtplanungsausschuss-Kollege Georg Topf (ÖVP) den Dringlichkeitsantrag gestellt, „schützenswerte Bau- und Flächensubstanz“ zu ermitteln und die Erarbeitung bzw. Erstellung eines Altstadtschutzkatasters ehebaldigst in die Wege zu leiten. Als die Umsetzung auf sich warten ließ, hat mein KPÖ-Gemeinderatskollege, Herr Mag. Andreas Fabisch, im Jahr 2016 einen weiteren Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit gestellt, um dieses wichtige Anliegen erneut in Erinnerung zu rufen. Grundtenor der beiden Anträge war und ist, dass immer mehr historische Gebäude, die weder in der Altstadtschutzzone liegen noch denkmalgeschützt sind, abgerissen werden, um nicht ins Ortsbildensemble passende Gebäude zu errichten. Beide Anträge sind einstimmig hier im Grazer

*Gemeinderat beschlossen worden, da offensichtlich allen Fraktionen der Erhalt und Schutz von alten, historischen Gebäuden als wichtig erscheint und auch ein einheitliches städtebauliches Bau-Ensemble für den typischen Ortsbildcharakter unabdingbar ist. Der entscheidende, wichtige Schritt, um der negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist jedoch bisher leider nicht wirklich passiert, nämlich die Umsetzung. Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausreichende Auflistung schutzwürdiger Objekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Stadtplanung ist mehr denn je vonnöten.
Daher stelle ich namens der KPÖ folgenden*

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion beauftragen, unter Einbindung des Bundesdenkmalamtes, der ASVK, der Bau- und Raumordnungsausschussmitglieder und der Bezirksvertretungen, eventuell auch der Abteilung für Tourismus sowie relevanter Bürgerinitiativen Kriterien zur Erstellung eines Katasters betreffend „schützenswerte Bau- und Flächensubstanz“ zu erarbeiten und die Umsetzung eines Altstadtschutzkatasters noch im März 2020 in die Wege zu leiten.

Bgm. Mag. Nagl:

Ich darf mich namens meiner Fraktion gleich zu Wort melden, weil es ein Thema ist, das natürlich für das zuständige Stadtsenatsmitglied für Stadtentwicklung und Stadtplanung ein nicht ganz unwesentliches Thema ist, mit dem ich mich oft genug zu befassen habe.

Vielleicht grundsätzlich, und vorweg finde ich es immer sehr spannend, dass auch die kommunistische Fraktion über dieses Thema wirklich mitreden möchte. Ich kenne keine Ideologie, die von China beginnend vor allem über ganz Osteuropa, mit historischer Bausubstanz so umgeht, das heißt, da solltet ihr einmal mit allen Brüdern

und Schwestern weltweit darüber reden, weil kommunistische Bauten sind, wenn ich so sagen darf, so ziemlich das Schlimmste, was ich in meinem Leben gesehen habe, nicht nur optisch, sondern auch in den Wohnkomforts und das möchte ich hier einfach einmal anmerken (*Appl. ÖVP + FPÖ*). Das Zweite ist, und da kommen wir zu einem wichtigen Thema...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Dann muss man einmal nach Warschau gehen, die haben das wiederaufgebaut.

Nagl:

Ja, ja, ich würde einmal sagen, es stimmt die Aussage, dass keine Ideologie mehr wertvolle Bausubstanz vernichtet hat als die kommunistische, dabei bleibe ich, auch wenn dort oder da Ausnahmen bestehen. Ich gehe auch davon aus, dass ihr das auch ernst meint, aber ich möchte euch heute und ich möchte Ihnen heute etwas ganz Wichtiges sagen zum Thema Kataster.

Heute ist eigentlich ein großer Feiertag für die Landeshauptstadt Graz, weil im Land Steiermark diese Ausweitung der ASVK-Schutzzonen über die Bühne gegangen ist. Nach einem ganz, ganz langen wichtigen Expertinnen- und Experten-Prozess, den wir zwischen dem Land, der Stadt und der ASVK abgestimmt haben. Die Expertinnen und Experten haben es zustande gebracht, wir haben diese Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger noch einmal berücksichtigt und heute ist Gott sei Dank, auf unser Wirken hin, die ASVK Schutzzone in Graz, vor allem in Richtung Ruckerlberg und in Richtung St. Peter für wertvolle Gebäude ausgeweitet worden. Darüber sollten wir uns riesig freuen (*Appl.*).

Das ist ein wichtiger Kataster. Aber ich möchte jetzt einmal den Spieß umdrehen und sagen, wenn wir jetzt auch noch alle Gebäude, die uns gefallen, wie manche sagen, das wäre eine schöne Villa und das auch, wenn wir das alles zusammentragen mit Bürgerinnen und Bürgern und in eine Liste schreiben, in ein Kataster schreiben, dann

erwecken wir doch fälschlicherweise alle die Hoffnung, dass diesen Gebäuden dann nichts mehr passieren wird. Aber da komme ich wieder zum Rechtsstaat, den wir heute schon des Öfteren und in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit der kommunistischen Partei im Besonderen gelebt haben, weil ihr oft versucht habt, diesen Rechtsstaat populistisch aufzuweichen. Ich nehme das Girardi-Haus her, das auch in einer Grazer Tageszeitung jetzt als ein Beispiel gebracht wurde. In der Zeit, als Elke Kahr zuständig war für die Beurteilung des Projektes Girardi-Haus, hat sie so lange nichts getan, entschuldige, das hast du, bis der Bauwerber vom Land Steiermark als Oberbehörde erwirkt hat einen Abrissbescheid, der auch von der ASVK mitgetragen wurde. Einziger Grund, wieso dieses Haus noch steht, ist das Hemmnis, dass das Bundesdenkmalamt einen Schutzzweck darübergerlegt hat. Seitdem haben wir eine ganz spaßige Situation. Ich bin ja immer auch in Gespräch mit dem Bauherrn oder dem Besitzer, der gesagt hat, ich lasse es eh nicht verfallen, aber ich bau es nicht um, weil ich es eh nicht angreifen kann im Moment, das müsst ihr irgendwie wieder klären und vielleicht schaffe ich eines Tages eine Lösung. Warum erzähle ich das? Weil es gibt nur eine Möglichkeit, ein Haus zu schützen, nämlich über die ASVK-Schutzzone. Es gäbe eine zweite über das Bundesdenkmalamt. Nur, das ist mir wichtig, dass das heute alle auf der Galerie, aber auch hier noch einmal von mir hören, dieser zweite Schutzzweck ist nur dann gegeben, wenn das Bundesdenkmalamt einen öffentlichen Mehrwert und Nutzen sieht. Da gibt es leider etwas, was uns allen weh tut, aber das müssen wir der Bevölkerung einmal ehrlich sagen. Es ist z.B. eine Jugendstilvilla in Graz. Da gehst du hin und sagst, bitte, es wäre schade, wenn die abgebrochen wird, da sind wir uns alle einig, keiner will, dass das passiert, aber die Enkerl oder Kinder haben es geerbt, leben in Wien und sagen, der, der mir am meisten zahlt, dem verkaufe ich es. Die Investoren fragen nach, zahlen horrenden Preise und dann kommt es zum Abriss dieses Hauses, weil das Bundesdenkmalamt eine klare Haltung hat, die da lautet: Wenn es von einem solchen Jugendstilhaus in Österreich schon 100 geschützte gibt, brauche ich kein 101-tes und kein 102-tes. Damit stellt das Bundesdenkmalamt aufgrund der Tatsache, dass es schon viele Denkmäler gibt, dieses Gebäude rechtsstaatlich nicht unter Schutz. Damit ist eine Auflistung und Wunschliste, die wir erstellen, leider Gottes juristisch

nichts anderes als eine Irreführung unserer Bürgerinnen und Bürger von Graz, die dann glauben, dass da eine Schutzfunktion da ist. Die ist leider nicht gegeben. Ich sage leider dazu. Ich habe keine anderen Instrumente. Jeder von uns muss wissen, und deswegen gefällt mir nur nicht die Formulierung mit den Bebauungsplänen, ich glaube, es gibt viele Baupläne, aber unsere Bebauungspläne versuchen gemeinsam mit dem Herrn Baudirektor, dem Stadtplanungsamt und unseren Experten sehr darauf Rücksicht zu nehmen. Nur, dass eine Villa stehen bleibt, weil wir sie in eine Liste aufnehmen, ist falsch. Ich glaube, dass wir eine solche Liste, Katasterliste jetzt gemacht haben und dass das, was die BürgerInnen und Bürger jetzt einwenden konnten, auch berücksichtigt wurde und mehr ist momentan nicht drinnen. Der ASVK möchte ich nicht zumuten, dass wir lauter Einzelgebäude auch noch in die ASVK Schutzzone nehmen, weil die ASVK hat gesagt, es ist keine Zone, es ist ein einzelnes Grundstück und ein einzelnes Gebäude. Das erschwert uns die Situation. Ich glaube, dass das, was wir erarbeitet haben, was das Land heute beschlossen hat, das längst ersetzt, was hier auch in der Vergangenheit von uns ausgedacht wurde und die Liste zusammenzutragen, ich sage es euch, es hilft nichts. Das ist kein Schutzzweck und deswegen ist es eigentlich auch für uns heute nicht mehr dringlich.

GR. Dreisiebner:

Ungewollte durften wir wieder, mussten wir wieder einem KPÖ-, oder Kommunisten-Pushing beiwohnen, das möchte ich schon einmal eingangs anführen. Es tut mir leid, Herr Bürgermeister, das interessiert niemanden.

Zwischenrufe aus den Reihen der FPÖ und ÖVP: Doch!

Dreieibner:

...weil die KPÖ, so glaube ich, nicht für irgendwelche Zerstörungen woanders verantwortlich gemacht werden kann. Im Übrigen meine ich doch, dass in unseren Breiten es, so glaube ich, einen Angriffskrieg oder einem Staat, dem wir auch angehören mussten, zu obliegen hat, die größten Zerstörungen auszulösen direkt und indirekt. Der Zweite Weltkrieg mit einem Wort (*Appl. KPÖ und Grüne*).

Das kann in China sein, das kann im heutigen Russland, in der damaligen Sowjetunion sein, aber hier in Graz gab es keine kommunistischen Zerstörungen wie auch immer, ich wollte das nur eingangs anmelden und ich sage das auch insbesondere, Herr Bürgermeister, Sie sind ja Vorsitzender...

Zwischenruf GRⁱⁿ Potzinger: Ich sage nur Bratislava.

Dreieibner:

Da war ich schon, danke dir, fahre ich gerne wieder hin. Sie sind ja Vorsitzender einer konservativen Partei und das nehme ich auch so wahr, dass es da um Erhaltung geht, Herr Bürgermeister, und Bewahrung des Guten und Althergebrachten. Dass man das hinüberrettet, hinüberbringt in eine neue Zeit, auch modifiziert in die neue Zeit.

Zwischenruf Bgm. Nagl: Ja, wir wollen das.

Dreieibner:

Andererseits mag ich schon bei einem zustimmen, bei zwei Dingen zustimmen. Ich sehe auch nicht bei den Bebauungsplänen das große Problem. Da sage ich dem Kollegen Sikora schon, dass wir da nicht ganz mitgehen, sondern bei den einfachen Bauverfahren sehe ich das große Problem oder das noch größere Problem, egal, sei es

drum. Mir ist eines ganz klar, und da muss man dem Herrn Bürgermeister Recht geben, trotzdem werden wir den Antrag vom Kollegen Sikora unterstützen, wir werden keine neue Schutzkategorie schaffen, aber Sensibilisierung und ich glaube, das war auch die Intention vor 10 Jahren in etwa vom Kollegen Topf, Sensibilisierung für alle, für die Grazerinnen und Grazer, für die Investoren, aber auch für uns als politische Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, wäre es schon wert, diese Gebäude auch auszuweisen. Vielleicht lässt sich das eine oder andere dann ja doch noch gut verhandeln. Vielleicht gehen dann Investorinnen und Investoren auch anders damit um usw. Ganz klar ist, Denkmalschutz ist Denkmalschutz und Altstadtschutzzonen sind Altstadtschutzzonen. Dazwischen gibt es nichts, da stimme ich Ihnen zu, aber trotzdem, es wäre ein guter und wichtiger, richtiger Schritt in Zeiten dieser Bautätigkeit, dass man alle Menschen sensibilisiert. Alle Stakeholder, die da mitspielen. Dankeschön.

GR. Sikora:

Ja, das Schlusswort im wahrsten Sinne des Wortes. Ich bin etwas entsetzt, ich bin an und für sich ein normaler Grazer Bürger, so wie alle anderen wahrscheinlich auch, der mit Herz und Seele auch Politiker ist, auch einfacher Politiker, also seit 2008 bin ich im Gemeinderat, habe mich immer für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Für mich war es auch immer sehr wichtig, dass die Stadt dieses Bild hat, das sie jetzt hat. Egal, wenn man mit Fremden redet, ein jeder sagt, wie schön Graz ist, der Altstadt kern ist, wie schön die alten Villen sind, wie schön der Gebietscharakter ist in der Stadt, wenn man z.B. zum Schloss Eggenberg hinausfährt, da hat man wirklich wunderschöne Gebiete, die wirklich historisch gewachsen sind. Deswegen haben wir auch die UNESCO-Weltkulturachse zwischen Altstadt und Schloss Eggenberg. Entsetzt bin ich insofern, weil ich sicher der Letzte bin, der irgendwie als Kommunist Städte zerstören würde und ich glaube auch nicht, dass Dresden von Kommunisten zerstört wurde. Was meiner geschichtlichen Erinnerung nach hängengeblieben ist, waren das die Alliierten und nicht die Kommunisten und die Amerikaner. Auf alle Fälle

bin ich da schon etwas entsetzt, weil ich mich da in einen Topf hineingeworfen sehe, wo ich ganz weit weg bin und das überhaupt nicht meine Ideologie ist, dass ich zerstörerisch und den Menschen Übelanrichtendes wäre in einer Person. Aber nichtsdestotrotz findet dieser Antrag ja anscheinend keine Mehrheit. Kollege Topf wird wahrscheinlich ein kleines, tränendes Auge haben, weil er auch die Intention gehabt hat...

*Zwischenruf GR. Ing. **Topf**: Die Situation ist jetzt eine andere.*

*Zwischenruf GR. **Stöckler**: Ich sehe keine Träne.*

Sikora:

Das finde ich nicht, wenn man heute diesen Altstadtschutzkataster jetzt auch lobenswerter Weise beschlossen hat vom Land Steiermark, so sehe ich sehr wohl, dass es auch durchaus möglich ist, diesen in Zukunft auch zu erweitern. Das ist die Intention dieses Antrages, nicht mehr und nicht weniger. Was die Flächensubstanz anbelangt, das zielt ja auch so hin, weil Kollege Piffli-Percevic war bei einer Bürgerversammlung, da ist es um die Eggenberger-Allee gegangen, welcher Aufruhr in der Bevölkerung da entstanden ist, weil man da komplett konträre Bauprojekte reinstellt in Örtlichkeiten, wo diese Projekte absolut überhaupt nicht hinpassen. Auf das zielt dieser Antrag hin und nicht mehr und nicht weniger. Darum bin ich eigentlich sehr enttäuscht, aber nichtsdestotrotz wir werden weiterkämpfen und vielleicht passt es einmal, dass ich einmal einen Antrag stelle, der vielleicht auch in eurem Wohlwollen dann Platz findet. Danke vielmals.

Nagl:

Damit ich richtig verstanden werde, ich glaube, dass niemand hier im Gemeinderatssaal eine Freude damit hat, wenn ein schönes Ein- oder Zweifamilienhaus oder auch ein wunderschönes Haus abgerissen wird. Alle kämpfen dafür. Das, was mich so, wenn ich so sagen darf, mittlerweile wirklich ärgert und da seid gerade Ihr von der kommunistischen Fraktion nicht ehrlich unterwegs, den Menschen vorzumachen, dass man etwas retten kann, und dieser Rechtsstaat wird von euch, wenn ich so sagen darf, möglichst nicht angetastet, deswegen habe ich das Beispiel vom Girardi-Haus gebracht. Es war in der Zeit der Frau Stadträtin, du weißt das, du warst zuständig...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Zuständig, aber...

Nagl:

Noch einmal, aber an dem sieht man was, da ging es zu entscheiden. Es ist nicht gemacht worden von der Stadt Graz. Es kommt nicht allzu oft vor, dass wir unsere Aufgaben nicht wahrnehmen und einfach nicht entscheiden.

Zwischenruf Kahr: Genau das Gegenteil war der Fall!

Nagl:

Entschuldige, die Oberbehörde hat nach Einreichen des Bauträgers oder des Besitzers dann diese Entscheidung für uns getroffen. Das ist nicht alltäglich. De facto kann man dann sagen, ich habe es ja nicht entschieden. Aber wir haben viele Dinge, die entschieden worden sind. Heute wird das Argos eröffnet, freut mich, dass wir die Diskussion jetzt dazu vielleicht gleich haben. Das Argos wird heute eröffnet, wir haben

das Kommod-Haus gehabt, war wunderbar für mich. Unter meinem Amtsvorgänger Alfred Stingl, unterschrieben von Helmut Strobl und einem hohen städtischen Beamten wurde, bevor ich meinen Amtsantritt hatte, das Kommod-Haus mit einem Abrissbescheid quasi fixiert. Ich habe die ganze Wucht abbekommen und habe es Gott sei Dank geschafft, dass wir einen internationalen Wettbewerb haben, jetzt kann man darüber streiten, ob es einem gefällt oder nicht. Aber da haben wir etwas Besonderes, das letzte Gebäude von Zaha Hadid, das die Menschen sehen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Und wer war dagegen gegen diesen Abriss? Die KPÖ!

Nagl:

Wer auch immer dagegen war, dagegen waren alle. Nur kann ich mich nicht erinnern, dass 20 Jahre lang, wo es beim Dach hineingeregnet hat, die KPÖ oder irgendjemand da herinnen etwas dagegen gemacht und unternommen hätte. Wie das Gebäude kaputt war und es letzten Endes zum Abrissbescheid gekommen ist, war es so weit. Ich möchte nur nicht haben, dass ein paar so tun, als wären sie die Retter von einzelnen Villen, weil es ist ein Riesen-Thema und ich sage dazu, mir tut jeder Abriss in einem Villenbereich weh. Aber man muss ehrlich sein und den Menschen nicht vorgaukeln, dass wir da plötzlich ein Rechtsinstrument hätten, nur weil man es in einem Kataster erhebt. Es kann jeder einen Schönheitswettbewerb von Gebäuden in eine Liste zusammenstellen, das ist dann genauso viel wert. Wir haben keine Chance, wenn das Bundesdenkmalamt, wir haben jetzt ja schon alle Gebäude checken lassen, wenn das Bundesdenkmalamt sagt, das haben wir schon 143 Mal in Österreich geschützt, das machen wir nicht. Damit ist dieses Gebäude, und das sollte man den Menschen sagen, zum Abriss freigegeben. Da trägt niemand in der Stadt, weder in der Regierung noch im Gemeinderat, noch in der Stadtverwaltung eine wirkliche Verantwortung dafür. Das liegt bei einem Gesetzgeber und es gibt auch ein Eigentumsrecht.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Wer macht die Gesetze?

Nagl:

Nicht wir in der Stadt Graz. Das ist mir so wichtig. Das heißt, die Liste aus meiner Sicht kann jeder gerne erstellen. Es ändert nur nichts an der tatsächlichen Abrissbirne, wenn ein Eigentümer ein solches Gebäude abreißt, meistens sind es Töchter, Söhne, Enkel, die das dann zum Höchstpreis verkaufen und leider niemand mehr in der Lage ist, dieses Gebäude zu einem Normalpreis zu kaufen. Das ist leider der normale Ablauf und dann kommen dort statt einem Haus und einer schönen Wiese meistens zehn Wohnungen mit Parkplätzen hin und dagegen sind wir alle, aber nicht so tun...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Es sind auch viele Initiativen, die eben an diese Stelle gerichtet wurden, von wo diese Gesetze beschlossen werden, ja auch hier abgelehnt worden.

Nagl:

Nein, das glaube ich nicht. Ich glaube, das eint uns ja, dass wir alle traurig darüber sind, aber ich halte es gelinde gesagt für ein nicht so starkes Mittel wie das, was heute gelungen ist mit dem Land Steiermark, weil da gibt es einen echten Schutz darauf. Da wird nichts mehr abgerissen und da waren schöne Gebäude leider in den letzten Jahren auch dabei.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.3 Höheres Kontingent für die Grazer Grippe-Impfaktion (GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ)

Schleicher:

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer, sehr geehrter Vorsitzender. In meinem Antrag geht es um ein höheres Kontingent für die Grazer Grippe-Impfaktion. Die Grippewelle hat uns in Graz ja fest im Griff. 1.050 Steirer sind an der echten Grippe erkrankt, 110 Kinder und Jugendliche sind im Grazer Kinderklinikum mit der Diagnose echte Grippe sogar stationär aufgenommen. Was würde dagegen helfen? Eine Grippe-Impfung, und normalerweise kann man sich im Gesundheitsamt ja auch Grippe-impfen lassen. Der Vorteil für die Grazer, sie bekommen dort einen vergünstigten Impfstoff und zahlen kein Ärzte-Honorar. D.h. dieser Service der Stadt ist vor allem für sozial schwächere Menschen von großem Wert, denken wir an Familien, die mehrere Kinder haben, da ist so eine vergünstigte Impfaktion absolut eine Motivation, die Kinder impfen zu lassen. Oft zählt ja jeder Euro. Im vorangegangenen Impfstoffjahr lag die Durchimpfungsrate auf einem Tiefststand von nur sechs Prozent, das ist leider sehr wenig. Deshalb hat auch der Bund und das Land Impfkampagnen geschaltet, das heißt, Werbung fürs Impfen gemacht und trotz dieser Impfkampagnen wurde nur die gleiche Impfstoffmenge für das Impfstoffjahr 2019 bestellt. Wie wir jetzt hinlänglich aus den Medien wissen, ist der Impfstoff ja schon Mitte November im Gesundheitsamt ausgegangen, obwohl die Empfehlung ist, sich jährlich impfen zu lassen und zwar im Zeitraum von Oktober bis November.

Ein betroffener Grazer war im guten Glauben am 27. November im Amtshaus, um sich gegen die Grippe impfen zu lassen. Die Einladung zur Grippeimpfung hat er nur wenige Tage zuvor per Post zugesandt bekommen und da war schon kein Impfstoff mehr vorrätig. Das Versenden von Einladungen, obwohl kein Impfstoff mehr vorhanden war, ist in meinen Augen schon ein sehr grober Fehler und sollte so in Zukunft nicht mehr passieren. Vor allem ältere Menschen, die nicht mehr so mobil und auch nicht so flexibel sind, sind durch diese Einladungspraxis in wirklich ungute Situationen gekommen. Wie gesagt, vor allem ältere Menschen und chronisch Kranke und

immunschwache Menschen gehören ja zur Risikogruppe für die Grippe und diese eh schon gesundheitlich benachteiligte Gruppe, für die stellte diese Einladungspraxis mit dem vorzeitigen Ausgehen des Impfstoffes wirklich erhebliche Probleme dar. Dazu kommt noch der Vertrauensverlust, den die Stadt Graz erlitten hat, wenn beworbene Maßnahmen wie die Grippe-Impfung dann durch fehlende Ressourcen einfach nicht für alle zur Verfügung stehen. Das heißt, da geht es nicht nur um einen Vertrauensverlust, sondern das finde ich einfach gesagt nur peinlich.

Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer wird aufgefordert, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung ein entsprechendes Konzept zur Lösung des im Motivenbericht geschilderten Missstandes zu erarbeiten, sodass die beworbene Serviceleistung auch von den Grazern abgerufen werden kann.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Grippewelle hat uns in Graz fest im Griff. Etwa 1050 Steirer sind an der echten Grippe erkrankt. 110 Kinder und Jugendliche sind mit der Diagnose „Echte Grippe“ bisher sogar im Grazer Kinder-Klinikum stationär aufgenommen worden. Was dagegen helfen könnte, ist eine Grippe-Impfung. Im Gesundheitsamt der Stadt Graz können sich Grazer normalerweise gegen die Grippe impfen lassen. Der Vorteil für die Grazer, es ist nur ein vergünstigter Impfstoff um elf bzw. zwölf Euro und kein Ärzte-Honorar zu zahlen. D.h. dieser Service der Stadt ist vor allem für sozial schwächere Menschen von großem Wert. Im vorangegangenen Impffjahr lag die Durchimpfungsrate auf einem Tiefststand von nur sechs Prozent und trotz generellen Impfkampagnen von Bund und Land wurde nur die gleiche Impfstoffmenge für das Impffjahr 2019 bestellt. Wie hinlänglich bekannt, ist dem

Gesundheitssamt bereits im November 2019 der Impfstoff ausgegangen obwohl eine Grippeimpfung jährlich, am besten im Oktober oder November vorgenommen werden soll. Ein betroffener Grazer war in gutem Glauben am 27.11.2019 im Amtshaus, um sich gegen Grippe impfen zu lassen. Die Einladung zur Grippeimpfung hatte er ein paar Tage zuvor per Post vom Amt bekommen, obwohl schon kein Impfstoff mehr vorrätig war. Den Grazern wird derzeit von Amts wegen geraten, den Impfstoff zum Normalpreis in der Apotheke zu holen und sich beim Hausarzt kostenpflichtig impfen zu lassen. Vor allem ältere Menschen, chronisch Kranke und immungeschwächte Personen gehören zur Risikogruppe für die Grippe und für diese sowieso gesundheitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppe stellt die Einladungspraxis und das Ausgehen des Impfstoffes ein erhebliches Problem dar. Hinzukommend ist der Vertrauensverlust, den die Stadt Graz erlitten hat, wenn eine beworbene Maßnahme wie die Grippeimpfung durch fehlende Ressourcen nicht für alle Grazer durchgeführt werden kann. Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer wird aufgefordert, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung ein entsprechendes Konzept zur Lösung des im Motivenbericht geschilderten Missstandes zu erarbeiten, sodass die beworbene Serviceleistung auch von den Grazern abgerufen werden kann.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.30 Uhr).

GR. Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Astrid. Impfung ist etwas, was mir

persönlich auch sehr am Herzen liegt. Du weißt ja, dass ich in meinem Zivilberuf Betriebsratsvorsitzender in einem großen Unternehmen bin und dort ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass wir vom Betriebsrat darauf jährlich, sowohl die Grippeimpfung als auch die Zeckenschutzimpfung, kostenlos für die Mitarbeiter aus der Betriebsratskasse zur Verfügung stellen und auch eben entsprechend vorsorgen, dass jeder, der sich impfen lassen will, dass der auch geimpft werden kann. Ich bin sicher, dass auch der Kollege Krotzer als Stadtrat diese Intention hat. Er wird aber ein ähnliches Problem haben, das wir haben, erstens kann man es schwer abschätzen, wie viel benötigt wird und wegwerfen will man die Impfstoffe dann auch nicht und zweitens braucht es auch finanzielle Mittel, um eine Impfkation durchzuführen und das ist der Part, der mir da abgeht. Jetzt werden wir dem Antrag auf jeden Fall zustimmen, aber ich sage gleich dazu, wir gehen davon aus, nachdem ihr in der Koalition seid und auf die Black Box, sprich den großen Geldtopf der Stadt, zugreifen könnt, dass ihr entsprechend auch dann den Kollegen Krotzer dabei unterstützt, wenn er einen Vorschlag macht und im nächsten Jahr dann auch mehr zur Verfügung stellt.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Aber er muss halt sagen, wenn er was braucht!*

Haßler:

Ja, er wird sich dann eh zu Wort melden.

Aber ich glaube, es wird nicht das Thema sein, dass er ein Konzept erstellt und mehr an Impffressourcen zur Verfügung stellt, so gut kenne ich ihn, so glaube ich, daran wird es nicht scheitern - von euch erwarte ich, dass ihr auch entsprechend ihn unterstützt und die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Wir werden zustimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Aber, wenn man es nicht weiß und er nichts sagt...*

Haßler:

Regt euch nicht auf ihr könnt das später auch noch sagen.

Wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, weil es natürlich ein wichtiges Anliegen ist, das du da aufgegriffen hast und weil es tatsächlich nicht sein soll, dass jemand, der sich jetzt freiwillig impfen will, dann vor verschlossenen Türen steht und keinen Impfstoff mehr bekommt.

StR. Mag. Krotzer:

Werter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Antragstellerin. Ich bedanke mich für diesen Antrag. Das Thema Grippe, als auch die Grippeimpfung, ist gerade gegenwärtig ein sehr wichtiges Thema. Insbesondere auch, weil die tatsächlichen Zahlen über die Erkrankungen noch dramatischer sind als die Zahlen, die im Motivenbericht genannt sind. Wir haben selbst für die Stadt Graz hochgerechnet ja auch einen wöchentlichen Grippebericht, wo wir allein für die Stadt Graz ein in etwa Dreifaches hochrechnen müssen von dem, was im Motivenbericht genannt ist. Insofern und aus diesem Grund werden wir als KPÖ-Fraktion sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen. Aber ich darf von meiner Seite, weil es sowohl mir selbst als natürlich auch dem Gesundheitsamt und den Beschäftigten der Impfstelle selbst ein sehr, sehr großes Anliegen ist, darf ich heute hier schon verkünden, dass nicht nur das Konzept, das hier gefordert wird, schon da ist, sondern auch tatsächlich schon die Lösung da ist. Es ist nämlich zwar prinzipiell erfreulich, dass das Angebot des Gesundheitsamtes im abgelaufenen Jahr oder in dieser Saison so stark nachgefragt worden ist wie noch nie. Es ist umgekehrt aber für uns zugleich unerfreulich, wenn eben, wie berichtet, Menschen den Weg ins Amtshaus, in die Impfstelle machen, dann dort die Erfahrung machen müssen, dass es keinen Impfstoff mehr gibt. Das ist nicht nur unangenehm für die Menschen, das ist natürlich auch unangenehm für das Gesundheitsamt, für die Beschäftigten der Impfstelle, die die Menschen dann eben wieder unverrichteter Dinge nach Hause schicken müssen. Eines muss ich noch

dazusagen, dass Briefe verschickt wurden, wie man schon keinen Impfstoff mehr gehabt hat, das ist natürlich nicht der Fall und das bitte ich auch den Kolleginnen und Kollegen der Impfstelle nicht zu unterstellen. Die letzten Impfungen haben am 25. November stattgefunden. Natürlich sind dann keine Briefe mehr ausgeschickt worden. Insgesamt ändert es nichts daran, dass der Zustand im November unerfreulich war. Jetzt darf ich auch quasi die Lösung präsentieren. Es ist leider nicht so, dass wir als Stadt Graz hier völlig freie Hand haben. Wir können den Impfstoff auch nicht selbst einkaufen. Das funktioniert über die Bundesbeschaffungsagentur und dazwischengeschaltet ist noch einmal die Landessanitätsdirektion und hier gilt mein besonderer Dank an die Frau Dr. Winter, Leiterin des Gesundheitsamtes, und auch an die Frau Draxler, die Leiterin der Impfstelle, für die Verhandlungen und die Gespräche mit der Landessanitätsdirektion, woraus folgende Lösung gebastelt werden konnte, die auch schon umgesetzt ist, weil die Bestellfrist schon letzte Woche geendet hat. Bei der Grippeimpfung ist es ja so, dass man die nicht wie die FSME-Impfung ganz einfach normal am Markt erwerben kann, sondern die ja nur auf Bestellung von den Pharmafirmen produziert wird.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Ich bitte Sie, auf den Punkt zu kommen.*

Krotzer:

Wir haben im vergangenen Jahr 5.440 Impfungen gehabt, das ist jetzt erreicht worden, dass wir für das Jahr 2020 6.500 Stück einkaufen mit der Option, dass wir dann auch vom Land Steiermark bzw. den Bezirkshauptmannschaften noch mehr bekommen. Das heißt, wir haben für die Stadt Graz von den insgesamt 11.000 Impfungen, die von der Landessanitätsdirektion angekauft werden, haben wir den Anteil von deutlich über 50 % für die Grazer Bürgerinnen und Bürger. Dankeschön.

GR. Dr. **Hofer**:

Werter Vorsitzende, sehr geehrte Stadtregierung, Kollegen im Gemeinderat. Ja, es sind jetzt viele Worte darum, was man nächstes Jahr machen kann, aber man muss jetzt schon ehrlich sagen, im letzten Jahr ist die Impf-Rate ja deutlich hinuntergesunken und da waren wir bei 6 %. Ich muss jetzt sagen als Mediziner, ich bin ein absoluter Impfbefürworter, weil solche Erkrankungen wie Influenza, wenn man das wirklich impft, wir deutlich weniger Erkrankte haben und man darf ja nicht vergessen, Influenza ist eine Erkrankung, daran sterben auch Leute, vor allem Kinder und ältere Personen. Das heißt, da muss ich eine Vorsorge treffen. Wenn das jetzt letztes Jahr schon so weit runtergegangen ist, dann kann ich ja nicht gleich viel bestellen. Jetzt haben wir natürlich auch noch die Situation, dass es heuer besonders viele Influenza-Fälle gegeben hat, aber Influenza, wenn man den Stamm hat, und da haben wir eine Zeit gehabt, das war im November drinnen, wo man eigentlich in Graz gewusst hat, dass man fast 100 % mit der Impfung ausschalten kann. Da muss ich doch gleich reagieren. Planwirtschaftlich halte ich das eher für ein Debakel.

*Zwischenruf StR. Mag. **Krotzer** unverständlich.*

Hofer:

Ja, ich weiß, wie das mit der Impfung ist. Und wenn ich jetzt höre, dass jetzt für nächstes Jahr schon ein wenig dazubestellt wird, aber das sind ja keine großen Summen. Wir reden von einem Zuzug von knapp 5000 Personen in Graz jährlich. Wir haben 300.000 als Einwohnerzahl. Wir wollen eigentlich eine weit höhere Durchdringungsrate, da ist es meiner Meinung nach Punkt a für die nächste Saison schon viel zu wenig und ändert nichts an der Sache, dass man vom vorigen Jahr auf das heurige Jahr de facto viel zu wenig angeschafft hat.

GR. Dr. **Meister:**

Werter Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich bin selbst praktischer Arzt und habe mit dem Impfen viel zu tun. Es freut mich sehr, in dieser Runde die Aufforderung zu hören, dass man den öffentlichen Gesundheitsdienst stärkt. Ich kann das nur unterstützen, dass man da viel mehr Impfstoffe ankaufen muss und dass man da, um die Grippe wirklich zu bekämpfen, wäre an und für sich nötig, dass sie in die Pflichtimpfung des Bundes aufgenommen wird. Die Stadt Graz ist hier vorbildlich. Ich habe mich hier aufgrund des Antrages vom Kollegen Swatek, dass ab jetzt die Apotheker impfen sollen, mit mehreren Kollegen vernetzt heute und es wurde mir gesagt, dass das z.B. an den Schulen in Graz bei den Pflichtimpfungen vorbildlich funktioniert, dass da ein Trupp von einem/einer Arzt/Ärztin, einem Fahrer und einer Dokumentationsassistentin kommt und die Impfungen in Vorbereitung mit dem Schularzt oder der Schulärztin durchführt. Wir müssten bezüglich der Influenza einfach dafür sorgen, das liegt aber auch nicht im Bereich der Stadt Graz, dass das übernommen wird vom Bund, dass die Bezahlung, genauso wie bei Masern, Mumps, bei HPV-Virus, übernommen wird. Dann hätten wir die Möglichkeit, vor allem in den Schulen und in den Kindergärten, wo ja die Übertragung hauptsächlich vor sich geht, frühzeitig einzudämmen. Aber ich glaube, das ist, wie wir ja früher gehört haben, liegt die Kompetenz nicht bei der Stadt Graz, höchstens Sie machen ein Budget frei, dass wir extra, unabhängig von der Landessanitätsdirektion mehr Impfstoffe ankaufen können für die Influenza. Danke.

Eustacchio:

Das war jetzt mein Versehen, es gibt nur eine Wortmeldung pro Fraktion zur Dringlichkeit. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Aussage dann zum Inhalt getätigt haben und nehme das so hin.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich möchte gerne eine inhaltliche Ergänzung machen zur Diskussion, die ich sehr wichtig finde. Ich war eine von denen, die nicht nur zur Impfung gekommen sind, obwohl ich kurz davor erfahren habe und die Impfung gerne machen wollte, das ist jetzt nur die persönliche Betroffenheit, aber ich habe mich damit beschäftigt, weil ich kann ja dann mit dem Impfstoff, den ich kaufe, der auch nichts kostet, wenn man, wie wir jetzt bei der PVA versichert ist, keine Ahnung wie es bei der Gesundheitskasse ist, mit dem Impfstoff zur Praktischen Ärztin gehen. Ich kann aber nicht, ich habe im Amt angerufen, das wäre wesentlich einfacher gewesen, von hier da rüberzugehen und zu fragen, ob mir jemand diese Impfung gibt. Das tun sie nicht, weil sie sagen, das ist eine Unterbrechung der Kühlkette. Ich verstehe nur nicht, ich unterbreche die Kühlkette, egal ob ich ins Amt gehe oder zur praktischen Ärztin und ich finde diese Sache könnte man sich schon auch noch diesbezüglich anschauen, weil das würde auch vielen das Leben erleichtern bzw. eine Möglichkeit geben, geimpft zu werden. Wir wissen, dass bei vielen Praktischen Ärztinnen man sehr lange warten kann. Ich würde auch bitten, das anzusehen, nur als Ergänzung.

StR. Mag. **Krotzer**:

Das Thema ist uns natürlich ein Anliegen. Daher reizen wir auch unsere Möglichkeiten zur Wortmeldung aus. Ich will auf den Philipp Hofer noch Bezug nehmen. Philipp, du bist selbst Mediziner und dir wird auch nicht ganz unbekannt sein, wie es sich mit der Grippeimpfung verhält bzw. mit dem Grippeimpfstoff. Dieser Grippeimpfstoff wird nicht quasi für den freien Markt produziert, sondern wird von den Pharmafirmen auf Bestellung produziert. Diese Bestellungen müssen ...

*GR. Ing. **Lohr**: Dann bestellen wir.*

Krotzer:

Das haben wir schon gemacht. Diese Bestellungen müssen gemacht werden. Ich habe mir auch von den Kolleginnen und Kollegen der Impfstelle erklären lassen, wie sich das in den vergangenen Jahren verhalten hat. Wir haben 2017 die Situation gehabt, dass, jedenfalls soweit das Gerücht herumgegangen ist bzw. Medienberichte dagewesen sind, dass der Grippeimpfstoff, der verfügbar ist, die entsprechenden Stämme nicht abdeckt, was dazu geführt hat, dass im Jahr 2017 sehr viele diese Impfung nicht in Anspruch genommen haben. Wir haben jetzt in den vergangenen beiden Jahren erfreulicherweise die Situation gehabt, dass dieser Impfstoff sehr gut angenommen worden ist und dass wir eine höhere Bereitschaft seitens der Bevölkerung wieder sehen, das in Anspruch zu nehmen. Wir haben aber natürlich auch, und das ist auch das, was mir die Frau Dr. Winter auch mitgegeben hat, natürlich ist das Amt auch gefordert, unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit auch damit hauszuhalten. Wir könnten die Diskussion fortschreiben und wir sagen, ok., wir kaufen jetzt 20.000 Stück an, dann sehen wir uns in einem Jahr hier und ich werde eine ähnliche Frage bekommen, nämlich warum das Gesundheitsamt so viele Impfstoffe anschafft, die dann nach dieser Saison nicht mehr haltbar sind, die auch von den Firmen nicht zurückgenommen werden und wo wir gegen das Gebot der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit verstoßen hätten. Deswegen ist jetzt diese Lösung da. Zum Glück, wir haben jetzt dann für das heurige Jahr ein deutliches Eck mehr an Grippeimpfungen und hoffen, dass es dann auch von der Bevölkerung so angenommen wird, dass wir da ziemlich genau zu einer Punktlandung zwischen Angebot und Nachfrage hinkommen. Dankeschön.

Schleicher:

Danke für die Wortmeldungen. Zur Einladungspraxis möchte ich schon sagen, dass die sehr knapp bemessen war. Wenn jemand am 27. ins Amt kommt, wenn am 25. die Impfstoffe schon ausgegangen sind und daher fünf Tage vorher seine Einladung

bekommen hat, muss ja schon abzusehen gewesen sein, dass nur noch wenige Impfdosen vorhanden sind. Da hoffe ich, dass heuer die Einladungspraxis besser funktioniert. Ich hoffe auch, dass der bestellte Impfstoff für heuer für die Grippesaison ausreichen wird, weil es hier eben um eine sehr wichtige Sache geht, eben um die Gesundheit, dann um die finanzielle Unterstützung finanziell schwacher Familien und auch wieder, um den Vertrauensverlust vom vorigen Jahr wett zu machen. Da möchte ich noch einen letzten Punkt zum Geld sagen, weil das vom Kollegen Hassler erwähnt worden ist, dass die KPÖ zum letzten Budget nicht mitgestimmt hat, wie zu vielen vorangegangenen Budgets genauso. Danke für die breite Zustimmung.

Der Inhalt des Antrages wurde einstimmig angenommen.

9.4 Wirtschaftsstandort Graz schützen - dem Klimaextremismus entgegentreten (GR Mag. Sippel, FPÖ)

Sippel:

Herr Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat. Bevor jetzt vielleicht wieder eine Debatte losgeht über das Demonstrationsrecht, darum geht es nicht. Es findet auch morgen wieder eine groß angelegte, schauen wir einmal, wie viele dann tatsächlich kommen, Klimademonstration von Fridays for Future statt. Das ist zu akzeptieren, keine Frage, es werden wieder einige Fehlstunden in den Schulen anfallen, andere sagen auch schwänzen dazu, die Autofahrer, die Verkehrsteilnehmer werden ihre Freude haben, wenn sie morgen wieder lange im Stau stehen werden, aber sei es drum. Natürlich kann man trefflich diskutieren, ob es sinnvoll ist, sozusagen dauernd diesen Generalangriff gegen alles zu reiten, was Verbrennungstechnologie ist. Vielleicht wäre es gut, nicht einfach in die Zeitung zu gehen von den Aktivisten, sondern auch einmal mit Ingenieuren von Vorzeigebetrieben ins Gespräch zu kommen.

Beispielsweise in Graz gibt es ja da einige Möglichkeiten. AVL wäre so etwas, eine der weltweit führenden Entwickler von Verbrennungsmotoren, wenn man da auch mit Experten spricht, dann wird sich herausstellen, dass beispielsweise der Diesel eine Technologie ist, die Zukunft vor sich hätte, wenn man ihn nicht in einer Tour auch schlechtreden würde. Der Elektromotor, der ist am Zenit angekommen. Da gibt es keine Entwicklungspotentiale mehr, das ist vorbei. Da geht es nur mehr um die Frage, ob es noch genug Ressourcen gibt, die Akkus herzustellen. Vielleicht einmal einfach in Graz umhören und hier Know-how einholen. Aber ich möchte auch die Frau Kollegin Schwentner nicht ganz auslassen, weil sie vorher gemeint hat, sie war in der Schrödinger, da sind ihr ja die Schüler mit angstverzerrten Gesicht gegenüber gestanden und haben gefragt, haben wir überhaupt noch Zeit, die Maßnahmen umzusetzen oder gehen wir gleich übermorgen mit dem Planeten unter? Ich gebe es zu, ich bin Bild-Leser (*Lachen aus den Reihen des Gemeinderates*). In der Bild-Zeitung war zu lesen, geheimer Klimabericht, wir haben nur noch 13 Jahre, um die Erde zu retten. Das ist die Ausgabe vom 23.2.2007. Wir haben jetzt noch genau 2 Wochen Zeit. Gott sei Dank sind nächste Woche Ferien, da kann man die letzten Tage noch genießen. Es hilft auch im Übrigen ein Blick auf die Realität. Ich möchte es abkürzen, 0,06 des gesamten Co₂-Ausstoßes weltweit werden von Österreichischen Autofahrern verursacht. Da muss man schon die Kirche im Dorf lassen und angesichts solcher Zahlen sind sämtliche Maßnahmen, die Autofahrer treffen, die die Wirtschaft belasten und die Pendler schröpfen, aufs Schärfste zu verurteilen. Was auch zu verurteilen ist, ist klarerweise, wenn extremistischer Aktivismus von radikalen Organisationen, die mit der Attacke auf Leitbetriebe dieser Stadt wie Magna einhergehen, stattfinden, dann ist es etwas, was unsere Stadt und unsere Gesellschaft mitten ins Herz trifft. Hier wird unter dem Deckmantel des Klimaschutzes politischer Extremismus vollführt. Ich glaube, da wäre es, wenn man das weiterspinnt, auch durchaus anzudenken, dass man von diesen verfassungsfeindlichen Ideologien zum Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiös motivierten Extremismus auch einen Klimaextremismus dazugibt, weil er korreliert eh oftmals mit dem Linksextremismus, aber wenn man sich die Programmatik von solchen Organisationen, die sich auch vor Magna

wichtigmachen, anschaut, von „System Change“, allein eine Organisation die „System Change“ im Namen hat, da sollten die Alarmglocken schrillen. Aber wenn man sich ansieht, um was es da wirklich geht, da geht es um radikale Umverteilung von Vermögen, da geht es um die Abkehr vom derzeitigen Wirtschaftssystem, natürlich revolutionär, da geht es auch um die Eingrenzung des Freihandels und, und, und. Also radikale Ansätze und so eine Organisation stellt sich in Graz vor einen Leitbetrieb und blockiert die Eingänge. Ein Betrieb, der tausende Arbeitsplätze schafft, ein Betrieb, der auch mit Kommunalsteueraufkommen viele Euros in die Stadtkasse einbezahlt, wo wir viele vernünftige Dinge machen können, das ist nicht lustig, da hört sich der Spaß auf, da geht es ums Eingemachte, da geht es um die Jobs und deshalb ist es umso wichtiger, dass der Gemeinderat auch dieses Bekenntnis tätigt, dass solche klimaextremistischen Aktionen in dieser Stadt nichts zu suchen haben. Da muss mit aller Entschlossenheit hier auch aufgetreten werden, um sich schützend vor unsere Wirtschaft zu stellen. Deshalb gibt es den Antrag, der Text liegt Ihnen vor, ich hoffe, dass wir uns gemeinsam schützend vor die Wirtschaftstreibenden in dieser Stadt stellen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eine unangemeldete Aktion des radikalen Klimabündnisses „System Change, not Climate Change“ bei Magna hat vergangene Woche die Wogen hochgehen lassen. Insgesamt haben laut eigenen Angaben 150 Klimaaktivisten dabei sowohl die Liebenauer Hauptstraße als auch die Einfahrtstore der Firma Magna blockiert. Erst nach drei Stunden konnte die illegale Blockade-Aktion von der Polizei aufgelöst werden. Magna ist einer der größten Arbeitgeber des Landes und leistet daher auch einen großen Beitrag zum Kommunalsteuer- Aufkommen der Stadt Graz. Radikaler politischer Aktivismus, der im Namen des Klimaschutzes versucht, direkt auf die Produktionsstandorte von Unternehmen einzuwirken und damit Arbeitsplätze gefährdet, darf in dieser Stadt keinen Platz haben. Jede Störung des Betriebsablaufes kann schwerwiegende Auswirkungen haben. Bereits am 17. Jänner

2020 blockierten Aktivisten der ebenfalls als radikal einzustufenden Gruppe „Extinction Rebellion“ die Tore bei Siemens Graz und stören seitdem regelmäßig mit „Mahnwachen“ den Betrieb. Es darf nicht sein, dass Leitbetriebe, die sehr vielen Grazern ein sicheres und gutes Einkommen garantieren, zum Angriffsziel von politischen Extremisten werden. Der Wirtschaftsstandort Graz braucht daher mehr denn je die Unterstützung und den Schutz aller politischer Entscheidungsträger. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Gemeinderat und alle darin vertretenen Parteien sprechen sich gegen jegliche Form von extremen Aktivismus aus, der dem Wirtschaftsstandort Graz Schaden zufügt und die Gefährdung von Arbeitsplätzen in Kauf nimmt.*
- Solidaritätsbekundungen zu solchen Aktionen durch offizielle Amtsträger der Stadt werden abgelehnt.*
- Die Stadt Graz prüft bei Bedarf gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen rechtliche Möglichkeiten, um sich in Zukunft bei Aktionen dieser Art an den Aktivisten und deren Organisationen schadlos zu halten.*

GR. Luttenberger:

Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Gäste auf der Galerie. Mein Wort am Donnerstagabend, das möchte ich natürlich schon halten und ich möchte so beginnen: Lieber Armin, vor Jahren waren wir Studienkollegen und haben gemeinsam einen Studienlehrgang besucht: Parlamentarismus und Landespolitik. Die Kollegin Gmeinbauer war dort auch dabei und wir haben uns unter anderem stundenlang mit Herrn Prof. Poier über die österreichische Bundesverfassung unterhalten. Der Text deines Antrages, ich sage es wirklich ganz kurz, weil die Zeit fortgeschritten ist, das hat

mit der Bundesverfassung gar nichts zu tun. Weil du forderst in Wirklichkeit, jetzt in meinen Worten, alle, die schief schauen bei einem Schlüsselbetrieb in der Steiermark, die werden entweder bestraft oder hopp-genommen. Das kann es wohl nicht sein. Du weißt, in der Bundesverfassung steht die Versammlungsfreiheit, auf das möchte ich hinaus. Manche Dinge sind manchmal nicht angenehm und sind ärgerlich.

*Zwischenruf Bgm. Stv. **Eustacchio**: Diese Versammlung war nicht angemeldet.*

Luttenberger:

Aber ob das jetzt angemeldet ist oder nicht, dann muss man eine Konventionalstrafe zahlen, aber wir reden von der Versammlungsfreiheit. So wie ihr das anlegt, erinnert mich das ein wenig, wie soll ich es sagen, an eine Art Miniermächtigungs-gesetz. Da wehre ich mich mit Händen und Füßen, das wollte ich euch sagen. Ich oder auch die KPÖ Graz, wir werden natürlich weder dem Inhalt zustimmen noch der Dringlichkeit. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GRⁱⁿ Ussner.

Erstens einmal möchte ich mich herzlich für den Antrag bedanken. Weil er thematisiert nämlich ein sehr wichtiges Thema, nämlich die Arbeitsplätze in dieser Branche. Ich beziehe mich da aber nicht auf diesen populistischen Antrag, sondern auf die Herausforderungen, die uns wirklich in der Branche bevorstehen und das ist die Automatisierung. Da geht es nämlich viel stärker um Arbeitsplätze als da 150 Leute, die da ein paar Stunden die Eingänge blockieren, das einmal eingangs. Weiters müssen wir auch über die Transformation der Autoindustrie reden. Herr Kollege Sippel hat es auch schon eingangs gesagt. Der Elektromotor ist auch nicht die Lösung aller Dinge und der Verbrennungsmotor schon gar nicht. Man muss das Know-how dieser Leute nutzen

und auch die Industrie dazu bewegen, dass sie eine Transformation durchführt in ihrem Gewerbe, in der Branche, die zukunftsfähig ist. Weil Siemens erwähnt wird und weil anscheinend niemand eine Ahnung hat, worum es hier geht bei den Protesten vor Siemens. Da geht es nämlich um die Adani-Kohlegrube. Wir alle kennen die Bilder, dass ganz Australien gebrannt hat vor ein paar Wochen und Teile davon noch immer brennen, genauso wie im Amazonas. Australien ist gleichzeitig dabei, mit ganz vielen Investitionen, finanzieller Unterstützung von unter anderem Siemens, dort das größte Kohleabbaugebiet zu schaffen zur Energiegewinnung. Ein Kohleabbaugebiet, das größte, das Australien je gesehen hat, das allergrößte in Zeiten, wo wir selber alle die Klimakrise schon spüren. Das Investment, also Firmen dazu zu bringen, nicht mehr in fossile Energieträger zu investieren und Druck aufzubauen auf diese Firmen, ist, was seit Jahren passiert und viele Firmen gehen da auch mit. Da geht es bei den Protesten vor der Siemens-Filiale, da geht es nicht um irgendwelche Arbeitsplätze oder ich weiß nicht was damit gemeint ist ehrlich gesagt in dem Antrag, sondern da geht es darum, auf einen riesigen Player in dieser Hinsicht und auf ein großes Unternehmen wie Siemens Druck aufzubauen, seine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Jetzt noch, zu guter Letzt, weil anscheinend keiner eine Ahnung hat vom Versammlungsrecht. Eine Versammlung meldet man nicht an, man zeigt sie an und es gibt spontane Versammlungen, so wie sie bei Magna der Fall waren. Da war nichts illegal daran, das ist auch eine spontane Versammlung...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das war eine Blockade.

Ussner:

Ja, bitte, das Versammlungsgesetz ist da ziemlich klar und unsere Verfassung zur Meinungsfreiheit natürlich, zum Glück, auch und zu guter Letzt ist es ja völlig egal, was bei diesem Antrag jetzt herauskommt, ob er durchgeht oder nicht, weil sich weder der

Gemeinderat und zum Glück die Grazer FPÖ am allerwenigsten über die Verfassung und die darin verankerte Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit stellen kann.

GR. Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe ZuseherInnen auf der Galerie, lieber Armin. Ich möchte zuerst positiv beginnen. Ich sehe die Intention hinter deinem Antrag, auch wenn ich glaube, dass sie nicht ganz gelungen ist. Vorweg, ich glaube auch, dass die Demonstrationen vor der Magna sicherlich nicht zielführend waren, weil die Magna sowohl für unseren Standort als auch aus sozialer Hinsicht einen wichtigen Beitrag leistet und auch Innovation im Bereich des Klimaschutzes vorantreibt und ich glaube, die Magna hat richtig reagiert und wenn Demonstrationen einen E-Truck vor das Gesicht gestellt, das war, so glaube ich, eine sehr schöne Antwort. Ich glaube aber trotzdem, dass dein Antrag ein wenig oder sehr stark über das Ziel hinauspringt.

Erstens einmal, weil du von Extremisten sprichst und in der Definition, wie ich sie sehe und wie sie auch der deutsche Verfassungsschutz sieht, sind Extremisten halt einfach Leute, die die demokratische Grundordnung ablehnen und die Demonstration an sich ist ja schon einmal kein Angriff auf unsere Grundordnung, weil das Demonstrationsrecht ein wichtiges ist und die Personen von „System Change, not Climate Change“ sind mir persönlich noch nie als Extremisten aufgefallen, sind sie, so glaube ich, noch weit weg davon.

Das Zweite ist, dass du ein kleines Problem mit Grundrechten hast, nicht nur, dass der Antrag und sehr viele Anträge von dir immer wieder auf das Demonstrationsrecht abzielen, dafür bist du ja bekannt, sondern weil du in dem Antrag meiner Meinung nach ganz klar verfassungswidrig handelst und unsere Meinungsfreiheit hier als Parteien im Gemeinderat einschränkst. Denn im ersten Punkt schreibst du: „Der Gemeinderat und all seine darin vertretenen Parteien sprechen sich aus.“ Ich glaube nicht, dass es verfassungskonform ist, dass wir hier beschließen können, dass alle Parteien deiner Meinung sind und ich glaube an sich, dass der Antrag an sich verfassungswidrig ist und das ist ein großer Punkt, ihn abzulehnen und vielleicht

schafft ihr es beim nächsten Mal, einen demokratischeren, vielleicht auch annehmbareren Antrag zu formulieren, dann hättest du auch meine Zustimmung.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Wir haben den Antrag auch gelesen und debattiert. Zur Versammlungsfreiheit wurde schon viel gesagt, das wird auch von unserer Seite unterstützt. Da die Demonstration nicht angemeldet war, das war auch klar, dass sie aufgelöst wurde. Wir haben das alles gelesen und auch verfolgt. Lieber Armin, ich habe mir irgendwo schon die Klimadebatte ohne heiße Luft als Thema gewählt, bei dir hätte ich heute nehmen können, eine Klimadebatte ohne Populismus bitte, weil das bringt uns nicht weiter. Dein Antrag strotzt vor populistischen Formulierungen und es tut wirklich weh. Es tut weh, mit Pauschalverurteilungen, es tut weh, was du da hier sagst. Grundsätzlich möchte ich gerne einmal für uns festhalten, dass wir hinter den Betrieben, hinter den Beschäftigten der Stadt Graz stehen, dass wir auch eine gute Entwicklung wollen und dass wir in der Klimadebatte großen Herausforderungen gegenüberstehen. Es steht eine Transformation der Wirtschaft im großen Stil vor uns, es ist nicht nur die Digitalisierung, sondern auch die technologische Veränderung. Ich glaube nur, ad hoc und von meiner Seite, ich glaube nicht, dass der Verbrennungsmotor sofort verschwinden wird, aber wir werden uns um neue Kraftstoffe bzw. Antriebsmittel auch bemühen müssen und es wäre von eurer Seite wirklich sehr hilfreich, wenn ihr in einem positiven Zugang hier euch einbringen würdet und positive oder konstruktive Beiträge bringt und das nicht ganz mit Formulierungen spickt, wo man glaubt, du bist auf der Straße gegangen und hast verschiedenes aufgeklaut und niedergeschrieben, weil dir das gerade eingefallen ist. Zu den Forderungen möchte ich noch etwas anmerken. Ich meine, dass du formulierst Solidaritätskundgebungen, lieber Kollege, wir alle hatten hier im Gemeinderat gelobt, die Gesetze einzuhalten, zu illegalen Aktionen, daran musst du mich nicht erinnern und ich glaube, dass auch das hier nicht notwendig ist. Du hast auch noch gesagt, die Stadt Graz soll etwas tun, prüfen und wenn Schaden entstanden ist, etwas einzubringen. Das ist in unserer Rechtsordnung

nicht vorgesehen. Wenn jemand einen Schaden erhalten oder erlitten hat, dann gibt es den Zivilrechtsweg, und die Stadt Graz und die ganze städtische Verwaltung ist keine Anwaltei, kein Zivilrechtsinstitut, um Mögliches hier zu verfolgen. Auch diese Formulierung ist, ja, eigentlich stehen Worte am Papier, dessen Inhalt man gar nicht näher beschreiben kann. Es ist aus unserer Sicht dem Inhalt, dem Antrag nicht zuzustimmen und das war es von unserer Seite.

GR. Mag. **Egger:**

Man merkt, wie wichtig dieses Thema ist insofern, der Klimawandel ist auch im Gemeinderatssitzungssaal angekommen. Es war noch nie so warm, wie bei dieser Sitzung. Ich glaube, auch da sollten wir uns bemühen, dass wir das halbwegs in den Griff bekommen, dass wir hier nicht zu sehr überhitzen. (*Appl.*)

Ich danke dem Armin Sippel für diesen Antrag, weil es mir auch die Gelegenheit gibt, ein wenig über das Unternehmen Magna zu philosophieren, insofern, dass man bei all diesen Dingen, die jetzt berechtigt oder unberechtigt diskutiert werden, nicht vergessen darf, hinter oder in diesem Unternehmen sind am Standort Thondorf 9.000 Mitarbeiter beschäftigt. Mit Magna Powertrain in Lannach sprechen wir von 13.000 bis 14.000 Mitarbeitern, von den Zulieferbetrieben gar nicht zu sprechen und von den Familien, die dahinter auch noch davon profitieren, dass an diesem Standort Arbeit gegeben wird, spreche ich gar nicht. Wir reden hier von ungefähr 100.000 betroffenen Steirerinnen und Steirern. Die kommunistische Partei hat vor dem Jahreswechsel sehr populistisch von einem möglichen Stellenabbau gesprochen. Die Landtagswahlen wurden vorverlegt, weil dort ansteht, dass 700 Arbeitsplätze abgebaut werden, die müssen wir retten, bei dieser Demonstration habe ich von den Kommunisten nichts gehört, dass da Arbeitsplätze in Gefahr sind, ist wahrscheinlich der Wahl geschuldet. Ich habe mich sehr gewundert heute, dass der Kollege Eber Luxemburg als Beispiel nennt. Die Körperschaftssteuer in Luxemburg ist bei 17 %, ich freue mich, wenn du auch unsere Anträge und Initiativen in diese Richtung unterstützen würdest, weil dann können wir uns das vielleicht leisten. Was die Arbeitsstunden der Mitarbeiter in

Luxemburg betrifft, dann sind dort pro Mitarbeiter im Jahr 1.805 Arbeitsstunden ausgewiesen. Im Vergleich dazu Österreich mit 1.738 Arbeitsstunden. Weil man so die Arbeitszeitflexibilisierung und sonstige Dinge vergleicht. Man darf halt nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen und sich gerade das herausholen, was einem populistisch in den Weg passt. Damit komme ich jetzt zu den sogenannten Klimaschützern. Ich habe ein ganz interessantes Statement gelesen in einem Standard-Artikel von einem Aktivisten auf die Frage, warum sie den Dreck nicht weggeräumt haben, den sie dort hinterlassen haben. Er sagt dort, direkt nach der Aktion fehlten uns die logistischen Mittel und die Energie, um alle Überreste wegzuräumen. Meine Frage, wie hat er sie hinbekommen und wäre die Energie nicht besser zu nutzen gewesen, dass er sie gleich wieder wegräumt, als statt dort vier Stunden umsonst in der Gegend herumzustehen?
(Appl.)

*Zwischenruf Bgm. Stv. **Eustacchio**: Ich bitte dich, dich zu beeilen, du bist schon über der Zeit!*

Egger:

Genau, ganz übersehen, Entschuldigung. Vielleicht noch eine Anmerkung zur Susanne Bauer. Ich finde es eh ganz lustig, was auf dem Leiberl steht, ich hoffe, das Leiberl kommt nicht aus China, weil das ist meistens bei solchen Leiberln der Fall, die dann bedruckt werden und dann irgendwo herkommen, wo vielleicht der ökologische Abdruck nicht ganz so groß ist.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Bauer**: Woher kommt dein Anzug?*

Egger:

Ich habe das ja nicht aufgedruckt. Zum dringlichen Antrag kann ich leider die Dringlichkeit nicht ganz erkennen, weil ich durchaus die eine oder andere verfassungsrechtliche Bedenken habe, daher werden wir auch der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. Mag. Sippel:

Lieber Kurt Egger, ich möchte bei dir anschließen. Nicht, was die Ablehnung der Dringlichkeit betrifft, sondern deine Worte in Richtung der Empörungsbeauftragten der SPÖ, Susi Bauer. Die Textilbranche ist überhaupt die klimafeindlichste, die es gibt auf diesem Planeten, das heißt, vielleicht solltest du dir überlegen, wenn du uns jetzt jedes Mal beehrst mit neuen T-Shirts, mit irgendwelchen Botschaften, dass du vielleicht auch an Recycling diesbezüglich denkst, das wäre wirklich ein Beitrag, auch was die Umwelt betrifft. Wichtig ist, dass man hier nicht i-Tüpfel-reiten, lieber Niko Swatek, es geht um ein Bekenntnis und um nichts anderes und zwar um ein ganz wichtiges Bekenntnis, nämlich, dass wir als Grazer Gemeinderat es nicht für gut befinden, dass, und ich bleibe dabei, wenn man die Inhalte dieser System Change not Climate Change Bewegung anschaut, dass hier Aktivisten nicht Leitbetriebe dieser Stadt illegalerweise blockieren. Diese Diskussion, lieber Kurt Luttenberger, nehme ich gerne mit dir auf, dass man einmal darüber redet, wie weit geht tatsächlich die Versammlungsfreiheit. Weil hier geht es schon um ein übergeordnetes Interesse. Da geht es um einen Leitbetrieb, da geht es um tausende Arbeitsplätze, da geht es um die realistische Gefahr, dass die Herrschaften der Firmenleitung einmal sagen, jetzt sind wir genug papierlt worden, einerseits von CO2 Steuern, die hier ausgerufen werden und andererseits von Aktivisten, Extremisten vor unseren Toren, jetzt gehen wir nach Slowenien. Was machen wir dann? Dann schauen wir ziemlich betröppelt drein. Das ist ein Spiel mit dem Feuer und ich glaube, dessen sollten wir uns alle bewusst sein, darum geht es in diesem dringlichen Antrag. Da können wir gerne darüber reden, ob jetzt die eine oder andere Formulierung in irgendeine Nähe kommt, dass das nicht

ganz korrekt ist, ok. Aber bitte nutzen wir die Möglichkeit, bekennen wir uns als Gemeinderat dazu, dass wir so etwas nicht wollen, dass Radikale unsere Betriebe blockieren, Arbeitsplätze gefährden und bitte suchen wir auch nach Mechanismen, dass, wenn das schon passiert, dass wir uns auch schadlos halten können an diesen Herrschaften, die wirklich vorgehen und unsere Stadt Graz damit tatsächlich ins Herz treffen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

9.5 Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem dringlichen Antrag geht es um ein Thema, das mich schon seit einiger Zeit beschäftigt und zwar um den Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte. Sie wissen ja, dass es in Graz die Tradition gibt, vier Mal im Jahr einen Markt stattfinden zu lassen. Diese Tradition reicht bis ins Mittelalter zurück, nämlich den Mitfastenmarkt, den Portiunkulamarkt, den Ägydimarkt und den Andrämarkt. Nachdem offensichtlich dieses Bauprojekt am Messestandort, am Messeparkplatz ist, sind die Organisatoren auf der Suche nach einem neuen Standort. Ich habe jetzt bei meiner Recherche gesehen, dass es für den Mitfastenmarkt offensichtlich eine provisorische Lösung gibt, nämlich in verkleinerter Form, in verkürzter Form, nämlich nur eintägig am Grazer Mariahilferplatz. Für die Folgetermine, so das Ergebnis meiner Recherchen, fehlt es allerdings nach wie vor an einem Ort. Sie haben in Beantwortung meiner Frage im Gemeinderat im Jänner, Herr Vizebürgermeister, gesagt, wir sind um einen vernünftigen und guten Ersatz für die alten Grazer Raritätenmärkte bemüht und ich habe dann auch in der Agenda 22 gesehen, dass das Thema nach wie vor auf der Agenda ist. Ich darf da zitieren: „Die Grazer Raritätenmärkte sollen durch Märkte mit

mehr Qualität, mehr Charme, zentraler Lage und möglichem Rahmenprogramm neu organisiert werden.“ Um diese Tradition aufrecht zu erhalten, brauchen wir eine dringende Lösung, daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu Tradition und Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte.
2. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, für die Raritätenmärkte ehe baldig einen neuen fixen Standort zu finden, damit der Portiunkulamarkt im Sommer 2020 bereits am neuen Standort stattfinden kann.
3. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, ein Konzept zur Weiterführung und möglichen Neupositionierung der Grazer Raritätenmärkte zu entwickeln und dem Gemeinderat im Mai 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Tradition der internationalen bekannten Grazer Raritätenmärkte, die vier Mal im Jahr unter den Namen Mitfastenmarkt, Portiunkulamarkt, Ägydimarkt und eben Andrämarkt in Graz stattfanden, reicht bis ins Mittelalter zurück. Aufgrund eines Bauprojekts am ehemaligen Messeparkplatz gegenüber der Grazer Messe ist der Raritätenmarkt aktuell auf der Suche nach einem neuen Standort. Dem Vernehmen nach gibt es nun für den bevorstehenden Mitfastenmarkt eine provisorische Lösung: er soll am 14. März in verkleinerter Form und nur eintägig am Mariahilferplatz stattfinden. Für die weiteren Markttermine dieses Jahres fehlt allerdings noch ein Ort, damit diese Grazer Tradition gesichert ohne Unterbrechung weiterbestehen kann. In Beantwortung meiner Frage im Gemeinderat vom Jänner 2020 heißt es: „Wir sind um einen vernünftigen und guten Ersatz für den alten „Grazer Raritätenmarkt“ bemüht“. In der Agenda 22 der Grazer Koalition heißt es: „Die Grazer Raritätenmärkte sollen durch Märkte mit mehr Qualität, mehr Charme, zentraler Lage und möglichem

Rahmenprogramm neu organisiert werden.“ Um die Tradition aufrecht zu erhalten und dem Wunsch vieler Grazerinnen und Grazer nach dem Fortbestand der Traditionsmärkte nachzukommen, brauchen wir dringend eine Lösung. Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu Tradition und Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte.*
- 2. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, für die Raritätenmärkte ehebaldig einen neuen fixen Standort zu finden, damit der Portiunkulamarkt im Sommer 2020 bereits am neuen Standort stattfinden kann.*
- 3. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, ein Konzept zur Weiterführung und möglichen Neupositionierung der Grazer Raritätenmärkte zu entwickeln und dem Gemeinderat im Mai 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.*

GR. Mogel:

Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, Herr Vizebürgermeister, liebe Andrea. Eigentlich ist es wieder einmal ein Antrag, der sich auf einen schon laufenden Prozess draufsetzt. Ich möchte nur ganz kurz auf die drei Punkte eingehen, die du hier in deinem Antrag forderst. Zum einen, die Dringlichkeit und die Tatsache, dass uns die Grazer Raritätenmärkte wichtig sind, haben wir in die Agenda 22 hineingeschrieben. Zu Punkt zwei, die zuständigen Abteilungen sind bereits beauftragt und arbeiten bereits daran, unter anderem auch an neuen Standorten, um solche zu finden und das vor allem in Zusammenarbeit mit den Betreibern. Zum Punkt drei, die zuständigen Abteilungen können die Marktbetreiber konzeptionell nur begleiten, maximal unterstützen. Es soll doch nicht die Aufgabe der Verwaltung sein, den Betreibern der

Raritätenmärkte Konzepte aufs Auge zu drücken, das wird nicht funktionieren. Die Abteilungen arbeiten bereits mit Hochdruck an einer Lösung und aus dem Grund ist dieser Antrag nicht dringlich, weil er eh schon in Umsetzung ist.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Ich mache es angesichts der fortgeschrittenen Stunde kurz und sage danke, Andrea, für den Antrag. Sehr erfreulich zu hören, dass die Abteilungen schon daran arbeiten. Das hat sich ja letztes Mal noch komplett anders angehört. Ich möchte nur zuletzt daran erinnern, dass Gebrauchsgüter zu kaufen, also solche Märkte zu fördern, damit auch ein aktiver und wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist, wenn wir schon dabei sind.

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, das freut mich natürlich, wenn ich höre, dass da etwas weitergeht, wiewohl ich überrascht war, dass ich im Zuge meiner Recherche erfahren habe, dass es bis Sommer 2021 nicht möglich gewesen wäre, am Standort Fröhlichgasse den Markt abzuhalten. Das war offensichtlich keine Entscheidung aus lokaler Not heraus, sondern es war offensichtlich eine Entscheidung politischer Natur, das dort nicht mehr stattfinden zu lassen. Ich habe jetzt gehört, dass die Abteilungen schon beauftragt sind, einen neuen Standort zu entwickeln. Mich würde nur interessieren, wie weit das gediehen ist. Vielleicht können Sie das noch beantworten, Herr Vizebürgermeister, bzw. war das natürlich nicht so gemeint, dass wir ein Konzept entwickeln sollen oder die Abteilungen und das dann den Marktständen aufs Auge drücken, wie man so schön sagt, sondern es war so gemeint, dass man sich da etwas überlegt und so liest es sich ja auch in der Agenda 22, dass man sich etwas überlegt seitens der Koalition, vielleicht auch interessierte KollegInnen einbindet und natürlich das auch gemeinsam mit den Menschen machen, die dort aktiv sind. Ich nehme das zur Kenntnis, ich werde an dem Thema dranbleiben

und vielleicht könnten Sie noch sagen, wie weit das mit der Standortsuche ist, das wäre sehr freundlich.

Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Ich werde Ihnen keine Auskunft darüber geben, wie weit die Planungen gediehen sind, das werden wir zum gegebenen Zeitpunkt tun. Wogegen ich mich verwehre, ist Ihre Aussage, dass eine politische Entscheidung darüber befunden hat, dass es dort nicht mehr stattfindet, dagegen verwehre ich mich.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.6 AnrainerInnen-Status für HeimgärtnerInnen bei gebührenpflichtigen Parkzonen (GR Ehmman, SPÖ)

Ehmman:

Herr Vizebürgermeister, Frau Stadträtin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und meine Damen und Herren ZuhörerInnen auf der Galerie. Mit unserem Dringlichen heute beschäftigen wir uns mit einem Thema, in den nächsten Wochen beginnt ja die oft heiß erwartete Heimgartenperiode. Viele von uns erfreuen sich ja daran und auch große Teile der Bevölkerung, hier ein wenig Grün erleben zu können, ausspannen zu können, mit Freundinnen und Freunden, mit der Familie Zeit zu verbringen, gemeinschaftlich natürlich auch Feste zu feiern, zu grillen etc. etc. Ihr kennt das alle persönlich, aus persönlichen Erfahrungen und es ist auch für viele eine Zuflucht aus Wohnbauten usw. denen persönlich vielleicht nicht entsprechend oder denen nicht im ausreichenden Maße Grünraum zur Verfügung steht und daher oft der Heimgarten die grüne Oase letztendlich für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner ist, um hier ins Grün letztendlich zu kommen und dort auszuspannen, Luft zu holen etc., wie einleitend schon erwähnt. Selbstverständlich wollen wir hier auch in

diesem Bereich die sanfte Mobilität fördern, ja klar, natürlich gibt es viele Bereiche, wo man gut erreichbar mit dem öffentlichen Verkehrsmittel hinkommt oder mit dem Rad oder dem Lastenfahrrad, wenn man mehr zu tragen hat, aber es ist oft so, dass Heimgärtner an uns herantreten und natürlich auch erzählen, dass das nicht immer mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu absolvieren ist und auch nicht mit dem Fahrrad, es geht um schwere Lasten etc. usw. Jetzt haben wir uns das einmal angesehen und haben uns gedacht, ok, welchen Lösungsansatz könnten wir hier finden, um den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern eine Hilfestellung zu geben und da sind wir auf etliche Modelle gekommen, die es da gibt bundesweit. Wir haben jetzt eines in Wien gefunden, wo es eine eigene verbilligte Karte gibt für Heimgärtnerinnen und Heimgärtner, ein Parkpickerl sozusagen, wo es die Möglichkeit gibt, auch hier in diesem Bereich parken zu können. Es ist ansonsten eine ziemlich teure Angelegenheit, beispielsweise bei der Grünen Zone gibt es die Ausnahmeregelung für die BewohnerInnen klarerweise um 216 € für zwei Jahre, oder auch die Ausnahmeregelung für UnternehmerInnen um 216 € für zwei Jahre, aber für HeimgärtnerInnen in diesem Fall nicht. Sie müssen eben im Jahr die 460 € bezahlen, oder im Vergleich zum Wiener Parkpickerl, jetzt, wenn wir wirklich das nehmen würden, zwischen März und Oktober als Monatpickerl und das als Monatpickerl lösen würde, dann wären es 384 € im Zeitraum von März bis Oktober. Das ist natürlich etwas viel und daher haben wir gesagt, wir wollen die HeimgärtnerInnen hier unterstützen und hier ein Angebot schaffen bzw. prüfen lassen, inwieweit hier es Möglichkeiten gibt, da entgegen zu kommen oder auch Lösungsansätze anzubieten. Deshalb habe ich vor einiger Zeit eine Anfrage dazu gestellt, die negativ ausgegangen ist, negativ in dem Sinn, dass von der bestehenden Regelung nicht abgegangen werden soll, oder bzw. es nicht vorgesehen ist, davon abzugehen. Ich wollte nicht wissen, wie es nicht geht, ich will eigentlich wissen, wie es geht, das ist mein politischer Ansatz und daher, wie gesagt, heute der dringliche Antrag dazu. Natürlich hätte man das auch in einer aktuellen Stunde abhalten können, aber die gibt es laut Geschäftsordnung noch nicht, daher natürlich nur die Möglichkeit, über den Dringlichen das hier als Thema

abzuhandeln. Deshalb möchte ich gleich zum Antragstext kommen. Den Motivenbericht kennt ihr schon ausreichend.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen, wie Grazer HeimgärtnerInnen für Kleingartenanlagen, die in gebührenpflichtigen Parkzonen liegen, ein AnrainerInnenstatus oder in vergleichbarer Form zumindest vergünstigte Parkmöglichkeiten für die Gartensaison zuerkannt werden können. Dem Gemeinderat ist bis spätestens April dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Herr Bürgermeister! In wenigen Wochen beginnt wieder die Heimgarten-Saison – und damit setzt sich eine Problematik fort, von der viele HeimgärtnerInnen seit Jahren betroffen sind: Es geht um die, im Übrigen immer mehr werdenden gebührenpflichtigen Blauen und Grünen Zonen im Umfeld von Heimgärten, die vielen unserer begeisterten KleingärtnerInnen Kummer bereiten, wie ich bereits in einer Anfrage am 11. April des Vorjahres eindringlich hingewiesen habe. Selbstverständlich wollen wir alle – im Sinne der sanften Mobilität – einen weitgehenden Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den öffentlichen Verkehr. Aber nicht immer und überall sind Bus, Tram oder Lastenfahrrad zweckmäßig. Gerade HeimgärtnerInnen, deren Kleingärten sich meist nicht gleich um die Ecke, sondern häufig in einem anderen Stadtbezirk befinden, sind davon betroffen: Denn für schweres Gartengerät, Erde, Pflanzen, diverse Gartenausstattung, Kinder samt Spielzeug, Grillgut und Holzkohle und die betagte Oma braucht man ein Auto. Und dann wird es in den gebührenpflichtigen Parkzonen teuer. Andererseits wäre ein Antransport hin zum Heimgarten mit dem Auto, dann retour nach Hause, um mit dem Öffi wieder zum Heimgarten zu fahren und

abends dann vielleicht dieselbe Prozedur nochmals, auch nicht wirklich umweltfreundlich. Alles gute Gründe, warum ich im April des Vorjahres anregte, einem Wunsch vieler HeimgärtnerInnen nachzukommen und ihnen ermäßigte Parkmöglichkeiten – etwa in Verbindung mit der Zuerkennung eines AnrainerInnenstatus – zu gewähren. Die Antwort war leider ernüchternd und ergab – kurz zusammengefasst – mit Hinweis auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz und die Grazer Parkgebührenverordnung ein „geht nicht“. Nun sollten sich im Sinne eines serviceorientierten Vorgehens Verwaltung wie auch Politik nicht primär darauf beschränken, BürgerInnen wortreich zu erklären, warum etwas nicht geht, sondern – wo immer dies Sinn macht, vertretbar ist und zweckmäßig erscheint, nach Wegen zu suchen, wie das eine andere ja vielleicht doch ermöglicht werden könnte. Und gerade HeimgärtnerInnen trifft diese Park-gebühr besonders, sie verdienen diese Bemühungen - reden wir da doch nicht von Villen- und PenthousebesitzerInnen, sondern meist von Familien mit Kindern, von SeniorInnen und von Menschen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, sich ein Freizeit- oder Wochenend-Domizil in der Hochsteiermark, in der Weingegend, der Themenregion oder auf Ibiza zu leisten. Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen für HeimgärtnerInnen in Parkzonen scheint es ja zu geben – zumindest hat Wien eine solche gefunden. Und auch wenn Wien anders sein mag und Wiener Kleingärten nicht in jeder Hinsicht mit den Grazer Heimgärten zu vergleichen sind, so ist der Wiener Weg durchaus bemerkenswert: In Wien können HeimgärtnerInnen, die ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, über eine Nebenwohnsitz-Lösung für gebührenpflichtige Parkzonen ein Saison-Parkpickerl für die Zeit zwischen März und Oktober – also explizit für die Gartensaison – beantragen. Dies sollte sich auch die Stadt Graz als Vorbild nehmen und nach heimgärtnerInnengerechten Lösungsansätzen suchen – sei es im Rahmen der Grazer Parkgebührenordnung, sei es im Bedarfsfall in Form einer Petition an den Landesgesetzgeber, um unseren HeimgärtnerInnen betreffend gebührenpflichtige Parkzonen einen ähnlichen AnrainerInnenstatus oder eine andere Art der Ausnahmeregelung zuerkennen zu können.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen, wie Grazer HeimgärtnerInnen für Kleingartenanlagen, die in gebührenpflichtigen Parkzonen liegen, ein AnrainerInnenstatus oder in vergleichbarer Form zumindest vergünstigte Parkmöglichkeiten für die Gartensaison zuerkannt werden können. Dem Gemeinderat ist bis spätestens April dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GRⁱⁿ Ussner:

Zur Erklärung, weil anscheinend die Dringlichkeit durchgeht, warum wir dagegen stimmen werden. Das Transportargument ist für uns nicht so ganz nachvollziehbar, weil fast jeder Heimgarten oder bzw. ich kenne keine Heimgärten, die nicht irgendwelche Gartenhütteln dastehen haben. Das heißt, wenn man schweres Graffl hintransportiert, macht man das einmal und lässt es dann meistens dort. Außerdem, muss ich ganz ehrlich sagen, es mag schon sein, dass Leute an euch herangetreten sind, aber meiner Meinung nach haben wir echt wichtigere verkehrspolitische Herausforderungen in dieser Stadt und wenn es in die Richtung gegangen wäre zu prüfen, ob es qualitätsvolle öffentliche Anbindungen gibt oder Fahrradverbindungen, dann hätte wir da mitgehen können, aber wenn es nur um die Schaffung von neuem Parkraum und damit Infrastruktur geht, die ein Anreiz ist, mit dem Auto hinzukommen, dann ist das für uns echt nicht zeitgemäß.

Zwischenruf GRⁱⁿ Gmeinbauer: Das ist echt nicht nachvollziehbar, wie ihr redet.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

GR. Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Klubobmann Ehmann. Danke für deinen Antrag, auch wir haben ein Herz für Kleingärtner, wie auch viele andere Fraktionen. Ich schau da auch zu meinem Koalitionspartner. Anders dürfte es bei den Grünen sein. Eben wenn da die Kollegin Ussner irgendetwas abwertend von Graffl hinführen spricht, ist das nicht sehr menschlich, weil das sind oft ältere Herrschaften, aber auch junge, die halt einmal Erde oder Pflanzen hintransportieren und wenn man da sagt: „Hau ab mit deinem Graffl“, das wäre nicht sehr diplomatisch.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: Das habe ich auch nicht gesagt.*

Lohr:

Wir sehen das Thema mit den Parkplätzen, aber wir haben die Rückmeldung bekommen, dass oft im Umfeld dieser Heimgärten überhaupt keine Parkplätze bestehen. Es gibt tatsächlich bei vier bis fünf von den 25 Grüne Zonen in der Nähe, da würdest du halt diskutieren um den Preis, da sehen wir halt doch ein wenig das Problem, wie die Anrainer damit umgehen, darum würden wir das einmal etwas breiter berichtet haben wollen, dass man sich anschaut, wo ist überhaupt Bedarf, wo finde ich Parkplätze, eben von allen 25 und nicht nur dort. Ich weiß, nicht nur in St. Peter, in Schönau, in Jakomini, dort haben wir überhaupt keine Parkmöglichkeit und da könnte man eventuell prüfen, ob man nur eine Ladezone einrichtet, damit mit man schnell einmal stehen bleibt und eben das, was schwerer an Gewicht ist, dann in den Garten bringt. Die Kollegin Ingrid Heuberger hat mich noch auf etwas gebracht, was wir auch gleich ansprechen können. Es soll ja auch nächstes Jahr in Jakomini im Umfeld vom Schönau-Kleingarten gebaut werden. Der Gehsteig wird saniert, vielleicht kann man dort auf eine Ladezone Rücksicht nehmen, das soll alles geprüft werden. Daher sehen wir das ein wenig vielfältiger und stellen den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird beauftragt, bis April dieses Jahres bei allen Grazer Heimgartenanlagen die Parkmöglichkeiten im Umfeld zu evaluieren und dort, wo keine Parkplätze für PKW und Fahrräder zur Verfügung stehen, die Schaffung von Parkraum zu prüfen.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird beauftragt, bis April dieses Jahres bei allen Grazer Heimgartenanlagen die Parkmöglichkeiten im Umfeld zu evaluieren und dort, wo keine Parkplätze für PKW und Fahrräder zur Verfügung stehen, die Schaffung von Parkraum zu prüfen.

Ehmann:

Vielen Dank für die Annahme des Themas generell. Auch im Sinne der Dringlichkeit und dessen, was da auch an Argumentarien bzw. hier auch eingebracht wurde. Jetzt ist nur für mich die Frage, Kollegin Ussner, die ich grundsätzlich sehr schätze, aber das halte ich auch für etwas despektierlich, also das würde ich so nicht formulieren, das war etwas zu flapsig. Dafür, dass da unsere jüngere und ältere Generation, eigentlich generationenübergreifend, wenn wir ganz ehrlich sind, in der ganzen Stadt hier mit Heimgärten oder bzw. sich in Heimgärten befinden und da zu sagen, sie fahren ab und zu mit irgendetwas herum, das würde ich so nicht sehen. Es wird ja auch vielfach, wie es schon angesprochen wurde, Pflanzen zwischendurch transportiert und andere Dinge mehr, Grillgut, es ist auch völlig egal, das wird alles etwas schwierig sein, mit dem Rad zu tragen oder mit der Straßenbahn zu fahren. Daher ist es anders oft gar nicht möglich. Das würde ich eher nicht so sehen.

Zum Kollegen Lohr, ja, natürlich hast du nicht Unrecht, indem du sagst, es gibt auch Bereiche, wo es momentan schwierig ist bis gar nicht möglich ist, mit dem KFZ dort etwas hinzubringen, da sehe ich auch eine Prüfung von Ladezonen etc. durchaus für angebracht. Zusätzlichen Parkraum zu schaffen, weiß ich nicht, ob das in diesem Fall notwendig wäre, wenn man eigentlich schon einen anderen Schritt in der Stadt Graz also jetzt verkehrsstrategisch und politisch eigentlich geht, dann würde ich auch davon absehen. Wie gesagt, bei der Schaffung von Ladetätigkeit oder wie auch immer sieht das anders aus. Aber ihr habt sowieso einen Abänderer gestellt dazu, das heißt, ihr werdet unserem Grundantrag nicht zustimmen, weil sonst hättet ihr einen Zusatzantrag gestellt und nicht einen Abänderer und daher lehnt ihr unseren Grundantrag ab, daher kann ich dem Abänderer natürlich auch nicht zustimmen, weil der Grundantrag ja in die Richtung für die Heimgärtner und Heimgärtnerinnen für die Bepreisung geht. Danke aber für die dringliche Annahme.

Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ).

9.7 Streikrecht für SchülerInnen Graz (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben noch zwei Anträge, also noch ein wenig durchhalten. Eine kleine, aber inhaltlich große Schwedin hat einmal gesagt: „Ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, einen Unterschied zu machen“. Seit über einem Jahr zeigt Greta Thunberg damit, dass sie Recht hat. Weil ihr eigener Klimastreik hat eine ganze Bewegung an Schülerinnen und Schüler dazu inspiriert, es ihr nachzumachen und auch für unsere Zukunft und für unsere Lebensgrundlage auf die Straße zu gehen. Sie hat einmal gesagt: „Ich wäre auch lieber eigentlich in der Schule

und würde mich auf meine Ausbildung konzentrieren, doch die Untätigkeit der Politikerinnen und Politiker hat mich dazu gezwungen, aktiv zu werden.“ Ich glaube, damit hat sie Recht. Denn eigentlich ist uns allen klar, dass die Klimakrise uns allen irgendwann die Lebensgrundlage kosten wird und trotzdem sitzen wir heute hier und in vielen Ländern wird die Klimakrise immer noch nicht wirklich angegangen. Leider, das muss man auch sagen, nach andauernden Protesten auch in Graz hat man zwar das Bewusstsein der Menschen dafür sensibilisiert, hat es zum zentralen Thema der Politik gemacht, aber an Umsetzungsdingen in unserer Republik und in Graz fehlt es leider oft. Wir diskutieren immer wieder und haben heute auch schon diskutiert, dass unser Wirtschaftssystem quasi so wichtig wäre, aber es ist genau dieses Wirtschaftssystem und diese Produktionsweise, die die Klimakrise eigentlich produziert. Ich möchte auch heute hier festhalten, dass die Wirtschaft nicht wichtiger ist als unsere Demokratie und die Wirtschaft ist auch nicht wichtiger als unser Überleben auf diesem Planeten.

Bgm. Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke: Meine Damen und Herren, ich bitte noch um etwas Disziplin.

Robosch:

Denn wenn wir keine Lebensgrundlage und keinen Planeten zum Leben haben, dann wird es auch keine Wirtschaft geben. Seit über einem Jahr oder seit morgen, morgen ist es genau ein Jahr her, dass der erste Klimastreik auch in Graz stattgefunden hat und deswegen freut es mich auch sehr besonders, dass auch zu dieser späten Stunde auch eine Aktivistin von Fridays for Future, die Anna, heute da ist. Danke, dass du da bist und der Politik ganz gut auf die Finger schaut, was wirklich heute passieren wird.

(Appl.) Die Veränderungen die wir heute brauchen, um die Klimakrise wirklich zu lösen, die werden nicht von selber kommen und die werden auch nicht kommen, wenn SchülerInnen höflich darum bitten. Die Veränderungen, die wir brauchen, um die

Klimakrise zu lösen, dafür muss man wirklich auch streiken. Diesen Streik macht die Fridays for Future-Bewegung in Graz seit jetzt genau über ein Jahr und dafür gebührt ihnen unsere Solidarität. Aber dennoch erleben unsere SchülerInnen und auch LehrerInnen teilweise oft Konsequenzen dafür, dass sie sich für unsere Zukunft einsetzen. Für unsere Zukunft und nicht nur für die Zukunft unserer Enkel, sondern auch für unsere. Ich glaube, das ist wichtig, wenn der Herr Sippel heute hier gesagt hat, quasi, dass das Extremismus ist, die gehen auch für deine Zukunft auf die Straße. Ich glaube, das ist einmal wichtig, das zu sagen. Wir sollten eigentlich darüber reden...
(laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates)

Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke: Meine Damen und Herren, bitte.

Robosch:

...dass, wenn sie sich für unsere Zukunft einsetzen und auf die Straße gehen, dass sie dafür keine schulischen Konsequenzen zu erleben haben sollten und deswegen fordern wir von der sozialdemokratischen Fraktion in dem

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber am Petitionswege herantreten, um die Möglichkeit der gesetzlichen Einräumung eines Streikrechts auch für SchülerInnen zu prüfen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! „Ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, einen Unterschied zu machen“. Diese Worte stammen von der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg. Und seit über einem Jahr beweist sie, dass diese

Aussage stimmt. Durch ihre Aktionen und Auftritte hat sie es geschafft, weltweit vor allem junge Menschen zu mobilisieren für ihre Zukunft zu kämpfen. Denn diese Zukunft wird von der Untätigkeit vieler Regierungen und dem Profitgedanken einiger Großkonzerne bald für immer zerstört sein, wenn wir nicht endlich etwas gegen die Klimakrise tun. Mit ihrem eigenen Klimastreik hat die junge Schwedin nicht nur SchülerInnen auf der ganzen Welt inspiriert, sondern auch viel riskiert. Sie selbst hat oft gesagt, dass sie eigentlich lieber in der Schule wäre und sich auf ihre Ausbildung konzentrieren würde. Doch die Untätigkeit der PolitikerInnen hat sie dazu gezwungen, aktiv zu werden. Es ist ihr und der dadurch entstandenen weltweiten Bewegung jedoch gelungen, die Klimakrise zu einem zentralen Thema der Politik zu machen. Immer mehr Menschen wird bewusst, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem, unsere Produktionsweise, die nur auf Gier und Ausbeutung von Mensch und Umwelt basiert, unweigerlich zur Zerstörung unseres Planeten und unserer Lebensgrundlage führen werden, wenn wir nicht handeln und sie aufhalten. Die Veränderungen, die wir brauchen um diese Klimakrise aufzuhalten, werden nicht von alleine kommen und nicht, weil SchülerInnen höflich darum bitten. Es sind vor allem SchülerInnen, die im Rahmen der Fridays4Future-Bewegung dafür sorgen, dass das Bewusstsein für die Klimakrise immer weiter wächst und PolitikerInnen sich nicht länger vor ihrer Verantwortung verstecken können. Und dabei haben viele SchülerInnen auch in Graz oft mit schulischen Konsequenzen zu rechnen, wenn sie sich für die Zukunft von uns allen einsetzen. Seit genau einem Jahr finden nun in Graz Klimastreiks statt, organisiert von Grazer SchülerInnen selbst. Dabei verdienen sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber am Petitionswege herantreten, um die Möglichkeit der gesetzlichen Einräumung eines Streikrechts auch für SchülerInnen zu prüfen.

GR. Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher. Das Schulunterrichtsgesetz schreibt eigentlich ganz klar fest, welche Gründe es gibt, vom Unterricht fernzubleiben und nur so kann ein ordentlicher und geregelter Schulbetrieb auch ermöglicht werden und ich glaube, das sollte einmal in aller erster Linie unser aller Anliegen sein. Es ist absolut zu begrüßen, dass junge Menschen sich für ihre Themen einbringen und auch stark machen, gar keine Frage, aber wenn sie da mit keinen Konsequenzen rechnen wollen, gibt es dazu ausreichend Zeit außerhalb der Unterrichtszeit. Da muss man halt einfach seine Freizeit etwas anders planen. Danke.

GRⁱⁿ **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierungsmitglieder, danke, liebe Anna, für den Antrag, danke liebe Anna, fürs da Sein. Noch eine Anna, das ist ein Gag, um die Aufmerksamkeit aller wieder auf mich zu ziehen. Ich darf ein paar kleine Aspekte da einbringen von unserer Seite und erläutern, wie wir dazu stehen. Ich glaube, wir haben schon sehr oft schon festgehalten, wie wir zu Fridays for Future stehen, dass wir es begrüßen, dass sich so viele junge Menschen dazu bekennen, dass sie politisch aktiv sein möchten und damit sogar ein Zeichen auf der Straße setzen. Mich freut es auch, dass dieser Antrag heute da ist, weil doch ein Aspekt, den wir immer ein wenig im Hinterkopf gehabt haben, nämlich, dass möglicherweise auch verschiedene Fraktionen das als eigene Plattform verwenden werden, auch heute wieder Aktualität bekommen hat. Die allermeisten, und ich nehme an, dass alle Parteien diese E-Mail schon bekommen haben und die Jugend-Organisationen dazu auch, mit der Bitte von Fridays for Future, wirklich das als die unabhängige Plattform weiter zu behalten, wie es auch ursprünglich gedacht war. Ich glaube, dass das auch wirklich eine Mahnung vielleicht in diesem Kreis an uns alle ist, dass wir, wenn wir junge Menschen dabei unterstützen möchten, sich politisch zu engagieren, es auch wirklich als Einzelpersonen machen, wenn das eine unpolitische Plattform ist. Wir stehen voll und ganz hinter der Schulpflicht und auch hinter der Aufsichtspflicht und

die Steiermärkische Bildungsdirektion hat auch ein klares Bekenntnis im Gegensatz zu anderen Bundesländern dazu abgegeben, dass im Sinne der Schulautonomie die Entschuldigung der, sofern die Fehlstunden entschuldigt werden seitens der Eltern, quasi dieser Schulstreik in dem Fall würde das unter außergewöhnliche Ereignisse fallen, von dem Schulstandort entschuldigt wird oder nicht. Aus meiner Erfahrung haben einige SchülervereinerInnen bzw. auch Schülerinnen und Schüler aus einigen Schulen es schon auch erreichen können an ihren eigenen Schulstandorten, was ich eigentlich als sehr begrüßenswert auch finde, wenn wirklich auch die Direktion sagt, ok, das ist für uns ein außergewöhnlicher Grund, wir wollen junge Menschen unterstützen. Es gibt also diese Möglichkeit seitens des Schulstandortes. Dennoch glaube ich, dass aus unserer Sicht dieser Antrag und auch das Recht auf Streiken aus diesem Grunde nicht dringlich ist, weil das Grundziel ja eigentlich sein sollte, all diese Probleme möglichst, und wir haben schon sehr viel darüber gesprochen, möglichst gut anzugehen, sodass ein Streik eigentlich nicht notwendig sein sollte.

Stichwort Streik, bevor ich zum Ende komme, ich kann es mir auch nicht verkneifen. Bei all der Leidenschaft für das Streiken, die wir bekanntlich nicht ganz so teilen, verstehe ich aber trotzdem vielleicht auch eines nicht und ich glaube, das Engagement in diesem Bereich, und wir haben die Demonstrationen heute auch schon gehabt, ist schon sehr wichtig und gleichzeitig vielleicht muss man da im eigenen Umkreis, so Stichwort Volkshilfe, auch schauen, wie dort Streiks gewertet werden. Weil aus meinem Verständnis heraus gibt es die rechtlichen Möglichkeiten, das zu machen, wenn man das machen möchte, dass man vielleicht zuerst im eigenen Wirkungsbereich bis zum gewissen Grad erweiterten Sinne auch da einmal schaut. Das ist ein kleiner Hinweis, den ich da mitgeben würde.

GRⁱⁿ Ussner:

Danke, Anna Robosch, in dem Fall für den Antrag. Die Stimmung im Gemeinderat, da hat man eh gesehen, wie die Anna den Motivenbericht vorgetragen hat, dass das Thema, die Hälfte der Leute lachen darüber, das ist ein ernstes Thema. Da gibt es

eigentlich nichts Witziges darüber und meine Generation kann auch über Klimawandelwitze nicht mehr lachen. Zu dem Thema Streik, zum Kollegen Wagner, ich weiß nicht, ob die FPÖ das Prinzip eines Streiks nicht verstanden hat oder nicht will. Aber da geht es genau darum, das in der Arbeits- oder Schulzeit zu machen, weil man so Druck aufbaut. Das nur zur Richtigstellung. Zur Anna Hopper, weil alle das so großartig finden, dass sich jetzt junge Menschen politisch engagieren und einbringen wollen und aktiv sein möchten. Die wollen das nicht, die würden am liebsten auch andere Sache machen und Dinge lernen. Die müssen, weil die politischen Verantwortungsträger dermaßen unfähig sind und da sind wir wieder bei uns in Graz, wo es bei der Umsetzung an Maßnahmen schon sehr hapert. Nur weil wir einen Klimabeirat haben, heißt es nicht, dass wir die Klimakrise gelöst haben und die Herausforderungen, die bei uns in Graz nämlich anstehen. Weil du auch gesagt hast, eigentlich sollte es auch so sein, dass der Streik nicht notwendig sein müsste. Du hast es selbst im Konjunktiv gesagt. Streiken ist aber noch derzeit notwendig, weil alle Maßnahmen die, muss ich auch sagen, auf Bundesebene genauso wie auf kommunaler Ebene geplant sind, bei weitem zu wenige sind. Danke für den Antrag.

GRIⁿ Robosch:

Das ist sehr schade, dass das so ausgehen wird, aber ich habe damit gerechnet und es wird auch morgen beim Streik noch mehr Motivation sein, weiter auf die Straße zu gehen. Weil es ist heute wieder bewiesen worden, dass es diesen Streik genauso braucht, wie er stattfinden wird. Zum Schulunterrichtsgesetz, es ist ja jetzt auch schon möglich, einen Spontanstreik abzuhalten, wenn in der Schule z.B. die Heizung nicht funktioniert oder wenn der Turnsaal nicht geöffnet wird, dann können SchülerInnen auch jetzt schon einen Spontanstreik abhalten und uns ist es eigentlich wichtig, dass wir nicht wegen einer kaputten Heizung streiken, sondern wirklich für unsere Zukunft streiken. Das erachten wir als sehr viel wichtiger. Weil gesagt wurde, es ist ja eh schon in der Schulautonomie so, dass die Direktorin oder die Direktion entscheiden kann, ob man streiken gehen darf oder nicht. Bei normalen Streiks, per Definition, fragt man

nicht um Erlaubnis, das ist ja genau der Punkt. Man schaut eben nicht, ob man darf oder nicht. Man schaut eben nicht, ob die Fehlstunden deswegen entschuldigt werden können oder nicht, sondern man geht auf die Straße im Wissen der Risiken und ich glaube, dass man das auch wirklich als diese machtvolle Tatsache einsehen muss. Deswegen ist es so machtvoll, dass man streiken geht. Nicht, weil man da schwänzt oder so. Sondern weil man wirklich etwas bewirkt und weil man auch selbst etwas opfert und die Leute wollen ihre Ausbildung nicht opfern. Sie wollen ihre Schulzeit eigentlich nicht damit verbringen, auf die Straße zu gehen, aber sie müssen. Ihr beweist heute auch, warum sie das müssen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

9.8 ApothekerInnen sollen impfen dürfen - Pilotregion Graz (GR Swatek, Neos)

Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Wir kommen zum letzten Antrag und zu einem Thema, das wir heute schon hatten, nämlich das Impfen. Was ich bei unserem ersten Impfantrag festgestellt habe, ist, dass wir, so glaube ich, doch den großen Konsens haben, dass Impfen wichtig ist als eine der wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen in der Medizin, wenn es um Erkrankungen geht und trotz aller Bemühungen, die in Österreich in den letzten Jahren getätigt wurden, um die Durchimpfungsraten zu erhöhen, sind die Österreicherinnen und Österreicher doch noch sehr impffaul. Wir haben es heute schon gehört, die Durchimpfungsrate bei der Influenza liegt derzeit bei rund 6 %, 2019 waren es 9 %, bei der Risikogruppe, also

Menschen über 65, waren es 2019 20 %, im EU-Schnitt sind es 44 % und die WHO empfiehlt eigentlich 75 %. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir alles dafür tun sollten, dass es einen möglichst niederschweligen Zugang zum Impfen gibt. Eine Möglichkeit dafür, die bereits in einigen europäischen Ländern erprobt ist und teilweise schon im Regelbetrieb ist, das gesunde Erwachsene durch geschultes Personal in Apotheken zu impfen. In Frankreich, aber auch in der Schweiz und in Großbritannien hat das bei der Durchimpfungsrate einen sehr guten, hohen, positiven Effekt gehabt. Hat auch den essentiellen Vorteil auch derzeit, wenn man nicht das Glück hat, einen Impfstoff in der Impfstelle zu bekommen, muss man zur Apotheke gehen, nimmt dort den jeweiligen Impfstoff entgegen und geht dann zu seinem Hausarzt, zahlt dort ein Impfhonorar und kann sich dort von seinem Arzt impfen lassen. Um das unbürokratischer und einfacher zu machen, gäbe es die Möglichkeit, die bereits in einigen Ländern auch im Regelbetrieb ist, dass bereits geschulte ApothekerInnen Menschen impfen. In Österreich wird das schon länger diskutiert, in anderen Ländern impfen nicht nur Apotheker, sondern auch Pflegekräfte oder ArzthelferInnen und ich glaube, dass das eine gute Idee wäre, wenn wir hier als Gemeinderat an die Bundesregierung herantreten und uns für die Schaffung dieser rechtlichen Voraussetzungen einsetzen, dass in Zukunft Apothekerinnen und Apotheker auch impfen können um Graz auch zu einer Modellregion zu machen. Das haben sie z.B. in der Schweiz gemacht. Da haben sie zuerst in den einzelnen Kantonen das Impfen für Apotheker und Apothekerinnen ermöglicht, haben dort gute Erfahrungen gemacht und nach der Reihe haben das immer mehr Kantone auch kopiert und daher mein

dringlicher Antrag,

dass der Gemeinderat der Stadt Graz beschließen wolle: Der Bundesgesetzgeber wird mittels Petition dazu ersucht, sich für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für ausgewählte Impfungen von gesunden Erwachsenen durch geschultes Personal in Apotheken einzusetzen. Darüber hinaus bewirbt sich die Stadt Graz als Modellregion

für Impfungen - in der Pilotphase beschränkt auf saisonale Impfungen wie Influenza oder FSME - in der Apotheke. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Impfungen gehören zu den wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen der Medizin. Vorrangiges Ziel von Impfungen ist es, Menschen vor lebensbedrohlichen Erkrankungen zu schützen und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern bzw. langfristig Krankheiten regional und weltweit auszurotten. Trotz aller Bemühungen in der Vergangenheit ist die Durchimpfungsrate der Gesamtbevölkerung bei vielen Krankheiten nach wie vor zu niedrig, um den wichtigen Herdenschutz zu gewährleisten bzw. um Krankheiten wirklich auszurotten. Nur wenn die meisten gegen solche Erkrankungen geimpft sind, sind auch jene sicher, die nicht geimpft werden können, wie zum Beispiel Säuglinge oder immunschwache Personen. Daher sind von der österreichischen Politik unbedingt weitere Maßnahmen zu setzen, um Probleme im Bereich Impfen nachhaltig anzugehen und um bestehende Impflücken in der Bevölkerung zu schließen. Besorgniserregend niedrig ist die Durchimpfungsrate besonders bei der Grippe. Nur neun Prozent der ÖsterreicherInnen lassen sich jährlich gegen Influenzaviren impfen. Bei der Risikogruppe von Menschen ab 65 sind nur 20% gegen Grippe geimpft. Das liegt erheblich unter dem EU-Durchschnitt von 44% und ist deutlich entfernt von dem WHO Ziel von 75%! (Quelle: State of Health in the EU - Österreich Länderprofil 2019, OECD August 2019). Für eine Steigerung der Durchimpfungsraten braucht es ein umfassendes Maßnahmenpaket. Dazu zählt auch ein möglichst niederschwelliger Zugang zu Impfungen, besonders für jene, die nicht vom kostenfreien Impfprogramm erfasst werden. Eine Möglichkeit, die bereits in einigen europäischen Ländern erprobt wird oder teilweise sogar im Regelbetrieb läuft, ist die Impfung von gesunden Erwachsenen durch geschultes Personal in Apotheken. In Frankreich hat sich dies besonders positiv bei den Durchimpfungsraten für Influenza ausgewirkt.

In Österreich wird diese Idee bereits diskutiert, allerdings fehlen noch die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und der politische Wille zur Umsetzung. Um die Tauglichkeit dieser Maßnahme für das österreichische Gesundheitssystem zu erproben, erscheint eine Testphase in einzelnen Regionen mit Impfungen gegen saisonale Erreger wie Influenza oder FSME sinnvoll. Die Stadt Graz sollte hier Vorreiter sein, sich gegenüber der Bundesregierung für die Schaffung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für Impfungen in der Apotheke einsetzen und sich darüber hinaus auch als Pilotregion bewerben. Es ist unsere gesundheitspolitische Verantwortung, alles zu tun, um die wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen möglichst niederschwellig anzubieten. Dies vor allem bei hochansteckenden Erkrankungen mit oft schwerem Verlauf. Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass der Gemeinderat der Stadt Graz beschließen wolle: Der Bundesgesetzgeber wird mittels Petition dazu ersucht, sich für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für ausgewählte Impfungen von gesunden Erwachsenen durch geschultes Personal in Apotheken einzusetzen. Darüber hinaus bewirbt sich die Stadt Graz als Modellregion für Impfungen - in der Pilotphase beschränkt auf saisonale Impfungen wie Influenza oder FSME - in der Apotheke.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ **Kopera:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die moderne Medizin hat durch die Möglichkeit einer Impfung so mancher Infektionskrankheit ihren Schrecken nehmen können. Manche Erkrankungen wie z.B. die Masern sind aber gerade für die nicht Geimpften, bei einer hohen Impftrate, viel lebensbedrohlicher geworden, als sie ursprünglich waren und deshalb ist eine möglichst flächendeckende Durchimpfung sehr wichtig. Um die Impftrate in der Bevölkerung zu erhöhen, die ist auf freiwilliger

Basis, ist eine erhöhte Information erforderlich oder eine Impfpflicht. Darüber kann man diskutieren. Jetzt aber zum Inhalt dieses Antrages. Die Impfwillingkeit der Bevölkerung ist nicht durch eine Erweiterung des Angebotes der Impfmöglichkeiten zu erreichen, denn von denen gibt es ausreichliche Möglichkeiten, wie wir es heute schon vom Kollegen Meister gehört haben. Das funktioniert in Schulen sehr gut, es funktioniert bei den Hausärzten und darüber hinaus ist es in Österreich, laut Ärztegesetz § 2 und 3, gar nicht erlaubt, dass Laien Impfungen durchführen, weil jede Maßnahme, die die Haut durchdringt, entweder mit einer Nadel oder mit einem Messer, ist als ärztliche Tätigkeit zu sehen und kann nur § 50 a das Ärztegesetz in Ausnahmefällen an Laien übertragen werden. Damit ist es ein völliger Unfug, Graz als Pilotprojekt für eine Maßnahme heranzuziehen, für die erst einmal das Ärztegesetz geändert werden müsste. Wir werden deshalb weder in der Dringlichkeit noch inhaltlich mit diesem Antrag mitgehen.

GR. Dr. **Meister:**

Ja, bezüglich der rechtlichen Grundlagen kann ich mich der Frau Kollegin nur anschließen. Es ist so, man kann, ich weiß nicht, haben Sie die Apothekerkammer gefragt? Wir haben den Herrn Präsidenten heute nicht erreicht, weil er auf Urlaub ist, ob sie das überhaupt möchte, der Herr Kobinger? Weil ich kann mir vorstellen, wenn ich mir den Aufwand anschau, den wir heutzutage haben mit der Dokumentation, mit der Aufklärung vor Impfungen, und das würde man jetzt an speziell zu schulendes Personal an die Apotheke übergeben, die auch nicht reich werden damit, dann kann ich mir vorstellen, dass man denen keine große Freude damit machen würde. Es ist so, wenn man, vor allem die Influenza, die ja eigentlich das Hauptproblem hier ist, wenn man die wirklich angehen möchte, dann ist nach allen Studien, die ich kenne, da gibt es eine große aus Flandern, das Entscheidende, dass die möglichst günstig zu haben ist. Im besten Falle eine Gratisimpfung wird, die die öffentliche Hand übernimmt. Man muss sich das dann durchrechnen, was das dem Industriestandort Österreich ersparen würde, wenn man die vielen Krankenstände, ich habe allein in meiner Ordination

sicher momentan 150 Krankenstände wegen Influenza, und wenn man das anschaut, was die Gebietskrankenkasse herausgibt, dann kann man sich ausrechnen, was das kostet. Da würde ich sagen, dass man sich andere Maßnahmen überlegen sollte, aber dieser Ausweitung der Impfmöglichkeit auf Apotheken, würde ich an und für sich sagen, dass dem meine Fraktion nicht zustimmen wird und auch der Dringlichkeit nicht.

Swatek:

Ich glaube, um die Durchimpfungsrate zu erhöhen, braucht es ein breites Bündel an Maßnahmen und dass diese Maßnahme seine Wirkung zeigt, sieht man ja in der Schweiz, in Frankreich und in Großbritannien, also kann man das wohl nicht abstreiten, deswegen ist das Argument, meiner Meinung nach, schon hinfällig. Ich muss gestehen, dass die ÖVP es ein weiteres Mal nicht geschafft hat, den Antrag zu lesen. Weil, Frau Kollegin, dass Sie sich hier herausstellen und sagen, da muss man die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern, finde ich sehr lustig, weil das steht im Antrag genau drinnen: „...setzt sich für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen ein...“ und genau darum geht es ja in dem Antrag, dass es die Möglichkeit gibt für Personen, die nicht Ärzte sind.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Gemeinderäte.

Swatek:

Ich respektiere, dass ihr das nicht wollt, aber ihr könnt nicht sagen, dass man dafür das Gesetz ändern muss und dass der Antrag damit nichts zu tun hat, das ist absoluter Blödsinn. In vielen Ländern impfen, wie bereits gesagt, Pflegekräfte, ArzthelferInnen und Co. Es gibt viele Personen, die sich und ihre Familie zu Hause impfen. Wollt ihr das

jetzt verbieten, im Umkehrschluss? Auf jeden Fall, was man noch festhalten kann, sehr schade, dass es dafür keine Mehrheit gibt, wäre nur schön, wenn ihr die Anträge auch lesen würdet in Zukunft. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**:

Meine Damen und Herren, wir befinden uns am Ende unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich bedanke mich bei all jenen, die uns auf der Galerie besucht haben, darf Ihnen noch einen schönen Abend wünschen und beschließe die Sitzung.